

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando
 Vierteljährlich 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage "Die Neue Welt" 10 Pf. Vor-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich - Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 3. August 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Interflons-Gebühr
 Beträgt für die hochgehaltene Koloniel-
 zelle oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gemeinnützige Kreislau-
 f- und Veranlassungs-Kosten 30 Pf.
 "Kleiner Bezugspreis", das ist die
 Post 30 Pf. (zwei 2 Pf. Briefe
 Briefe), jedes weitere Post 10 Pf.
 Briefe und Briefe, jedes weitere
 Briefe 10 Pf., Briefe über 15 Brief-
 Briefe zahlen für zwei Briefe. Inletzte
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch - Adressiert
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Belastung des deutschen Volkes.

Nach den Berechnungen der Regierung und der sie führenden Parteien müßte das deutsche Volk in dem besten aller Staaten leben. Sie bemühen sich deshalb auch, in den breiten Massen das Gefühl der Dankbarkeit für die angeblichen Wohltaten des herrschenden Systems zu erhalten. Das Volk solle sich nur ruhig auf seine Leiter verlassen, die nicht nur nach bestem Gewissen das schwierige Geschäft des Regierens übernehmen, sondern auch in weiser Einsicht das wahre Wohl der arbeitenden Massen vertreten. Nichts ist geeigneter, diese Anschauung von der patriarchalischen Abhängigkeit zu zerstören, als der Hinweis darauf, daß die Regierten selbst das ganze System erhalten, daß ihre finanziellen Opfer erst die Durchführung der Regierungsmassnahmen ermöglichen. Die breite Basis für den komplizierten Aufbau des Regierungsmechanismus bildet das souveräne Volk. Wenn nach kapitalistischem Gesetz und Recht die Größe der Leistungen den Anteil des Einflusses an der Leitung eines Unternehmens sicher, so gebührt nach diesem bürgerlichen Grundgesetz gerade auch den Massen das Bestimmungsrecht über die Verwendung ihrer finanziellen Opfer.

Allein die Art der Leistungen birgt den untrüglichen Beweis, daß nicht die Mehrheit des Volkes selbst sie sich freiwillig auferlegt hat. Die arbeitenden Massen wenden sich dagegen, daß sie die Hauptkosten tragen müssen, obgleich sie von dem Genuß der mit eigenem Blut unterfertigten Einrichtungen so gut wie ganz ausgeschlossen sind, falls diese Einrichtungen nicht gerade ihrer eigenen Knebelung dienen. Sie sträuben sich, ihrer Hände Lohn für sie schädigende Zwecke hinzugeben. Die Art der Verwendung und Ausbringung sowie die Höhe der steuerlichen Lasten erscheint ihnen daher gleich belästigend, bei aller Einsicht in die Notwendigkeit großer Ausgaben für wahre Kulturzwecke.

Eine Zusammenfassung der Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten, wie sie das letzte Vierteljahrshesft zur Statistik des Deutschen Reichs bringt, gewährt einen guten Einblick in die Leistungen des Volkes. Nicht weniger als 9286 Millionen sind nach dem Voranschlag für 1911 aufzubringen. Etwa zwei Drittel fallen davon auf die Bundesstaaten, mehr als ein Drittel auf das Deutsche Reich. Die Verwendung dieser ungeheuren Summen zeugt von dem kapitalistischen Charakter Deutschlands. Außer der Reihe der eigentlichen Ausgaben stehen die auf Erwerbseinkünfte, d. h. also für Domänen, Forsten, staatliche Bergwerke, Eisenbahnen, Post und Telegraph, sowie für sonstige staatliche Betriebe (3971 Millionen). Alle diese Unternehmungen werfen selbst Erträgnisse für Reich und Bundesstaaten ab. Unter den reinen Ausgaben stehen an erster Stelle die für das Reichsheer und die Marine (1283 Millionen). Dazu wären noch die Ausgaben für den Reichsinvalidenfonds (aus der Finanzverwaltung) und die Zinsenlast der für militärische Zwecke verwandten Anleihen zu zählen. Die Finanzverwaltungen von Reich und Bundesstaaten verbrauchen nach dem Voranschlag für 1911 insgesamt 988 Millionen. Die Staatsschulden belasten das Volk mit 953 Millionen. 770 Millionen erfordert die „innere Verwaltung“, wozu die Ausgaben für Polizei, Handel, Gewerbe, Bauten, Landwirtschaft, Versicherungsweisen u. a. gehören. Dann erst folgen die Kultusaussgaben (mit 534 Millionen). Neben den Ausgaben für Kunst, Wissenschaft und Schule stehen hierin noch mindestens 88-90 Millionen für kirchliche Zwecke. Die Justizverwaltung beansprucht etwa 290 Millionen.

An das Reich liefern die Bundesstaaten 257 Millionen ab. Ein nicht geringer Teil (93 Millionen) muß auch für die „äußeren Angelegenheiten“ aufgebracht werden; das Einkommen der Staatsoberhäupter, die Ausgaben für Anapanen, Hofhaltung, Ordenswesen, Staatsministerium werden davon bestritten.

Die Einnahmen des Reichs und der Bundesstaaten sollen nach dem Voranschlag von 1911 rund 9286 Millionen betragen. Von den 3153 Millionen, die das Reich zu tragen hat, werden zwei Drittel durch Steuern und Zölle gedeckt. In den Bundesstaaten dagegen bilden die Erwerbseinkünfte die Haupteinnahmequelle. Die Staatseisenbahnen bringen in Preußen und Oldenburg allein mehr als die Hälfte der ordentlichen Einnahmen. Aber auch in den Bundesstaaten ist die direkte Belastung mit Steuern nicht unerheblich. Das Reich nimmt an Zöllen 787 Millionen, an Zöllen und Steuern insgesamt 1705 Millionen ein. Die Einfuhrzölle, die auch die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse belasten, bringen demnach 46 Prozent der Zoll- und Steuereinnahmen. Von den übrigen Verbrauchsabgaben belasten den Konsum: die Zuckersteuer mit 158 Millionen Mark, die Branntweinabgaben, der sich freilich immer mehr Arbeiter dank dem Branntweinbottich entziehen, mit 179 Millionen Mark, die Brausteuer mit 163 Millionen Mark, die Salzsteuer mit 59 Millionen Mark. Die Leuchtmittel-, Zündwaren-, Schaumweinsteuer bringen je 10 bis 16 Millionen Mark. Die Reichsstempelabgaben (205 Millionen Mark), die Wechselstempelsteuer (18 Millionen Mark), die Spielkartenstempelsteuer (2 Millionen

Mark) und die Banknotensteuer (0,5 Millionen Mark) vervollständigen die Liste der indirekten Steuerabgaben. Nur die Wertzuwachs- und die Erbschaftsteuer mit den geringen Beiträgen von 39 und 13 Millionen Mark treffen den Besitz.

Nun belastet der Einfuhrzoll bekanntlich nicht nur die eingeführten Quantitäten, sondern steigert auch die Preise der im Inland produzierten Mengen zugunsten der agrarischen und industriellen Kapitalisten. Für die Getreidearten konnte der tatsächlich in Erscheinung tretende Preisaufschlag annähernd richtig geschätzt werden. Nach Brentanos Berechnungen verteuerte der Zoll den Verbrauch von Roggen, Weizen, Gerste und Hafer um 998 Millionen Mark, wovon nur 109 Millionen der Reichskasse zugute kamen, während 879 Millionen Mark in die Taschen der Agrarier fielen. Nimmt man an, daß auch nur in verringertem Maße sämtliche agrarischen und industriellen Produkte durch den Zoll- und Steueraufschlag und die in gleicher Richtung wirkenden Verwaltungsmassnahmen verteuert wurden, so ergibt sich, daß das deutsche Volk ein vielfaches der 1705 Millionen Zoll- und Steuereinnahmen des Reiches durch den Konsum zu tragen hat.

Neben dem Reich fordern auch die Bundesstaaten ihren Tribut an Zoll und Steuern von jedem Bürger. 996 Millionen Mark bringen sie durch direkte Steuern, Verbrauchs- und Verkehrsabgaben auf. In Preußen bilden davon nur die direkten Steuern einen erheblichen Prozentsatz (399 Millionen gleich 40,1 Proz.). Pro Kopf der Bevölkerung erhebt Preußen an direkten Steuern 9,95 Mark und steht damit unter dem Durchschnitt der Bundesstaaten mit 11,67 Mark. Aus der Höhe der Steuer pro Kopf der Bevölkerung kann man noch nicht die mehr oder minder gerechte Heranziehung erschließen. Die direkten Steuern umfassen in der Statistik die verschiedensten Arten: Einkommen-, Ergänzungs-, Grund-, Gebäude-, Wohn-, Gewerbe-, Kapitalrenten-, Eisenbahn-, Bergwerks- u. a. Steuern. Mit am wenigsten bildet die Einkommensteuer einen Maßstab für die gerechte Verteilung der Steuerlast. Werden auch in einzelnen Staaten die niedrigen Einkommensstufen herangezogen, so erhöht sich der Betrag pro Kopf, und dennoch leiden die Bedürftigen in diesem Lande. So werden in Preußen Einkommen von 900 M. an, in Sachsen bereits Einkommen von 400 M. an besteuert. Von der Gesamtsteuersumme (275 Millionen) der physischen Personen in Preußen bringen die mit einem Einkommen von 900 bis 3000 M. ein Drittel (92 Millionen) auf. Die unteren Klassen tragen also auch hier einen ganz erheblichen Teil der direkten Steuern.

Da die Steuersumme pro Kopf in der Statistik auch auf Säuglinge Kinder und Frauen aufgeteilt ist, spielt weiter die Altersgruppierung der Bevölkerung für diese Ziffer eine große Rolle; nur die Erwerbstätigen und Rentner zahlen ja Steuern. Steigern läßt sich der Betrag durch schärfere Heranziehung der bestehenden oberen Schichten natürlich ganz bedeutend.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern pro Kopf der Bevölkerung gestatten dagegen eher einen Rückschluß auf die absolute Höhe dieser Verfallsabgaben. Während im Durchschnitt der Bundesstaaten pro Kopf 0,35 M. gezahlt werden, weist Preußen nur eine Quote von 0,19 M. auf. Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und einige der kleineren Staaten beziehen aus dieser Steuerart erhebliche Beträge.

Berechnet man nun die gesamte Belastung der Bevölkerung, so fallen an Reichszöllen und Verbrauchsabgaben pro Kopf 26,09 Mark, an Erbschafts- und Schenkungssteuern nur 0,60 Mark. An Steuern der Einzelstaaten kommen dazu im Reichsdurchschnitt: 11,67 Mark direkte Steuern; 1,69 Mark Verbrauchsabgaben; 1,64 Mark Verkehrssteuern; 0,35 Mark Erbschafts- und Schenkungssteuern. Insgesamt ist jeder Deutsche mit 42,04 Mark direkten und indirekten Steuern belastet. Mehr als die Hälfte davon fällt auf die indirekten Steuern. Da diese die arbeitenden Klassen weit empfindlicher treffen als die bestehenden, erhebt die Sozialdemokratie immer wieder ihre grundsätzliche Forderung der Abschaffung dieser Steuern.

Natürlich stellen diese Kopfquoten an direkten und indirekten Steuern noch keineswegs die gesamte steuerliche Belastung des Volkes dar. Dazu bedurfte es der Feststellung aller Steuern für öffentliche Zwecke, also auch derjenigen für Gemeinden, Kreise, Provinzen und sonstige öffentliche (Schul-, Kirchen-, Beg-) Verbände. Nach früheren Berechnungen (1907) stellt sich die Belastung durch Kommunalabgaben auf 1043 Millionen Mark. Unter Verursachung der seit 5 Jahren erfolgten Erhöhung auch dieser Steuern würde sich die gesamte Belastung um weitere 20 M. pro Kopf, also auf etwa 62 Mark belaufen. Das bedeutet eine ganz gewaltige Summe, denn nach der Berechnung muß sie auch jeder Säugling tragen. Auf den Erwerbstätigen entfallen in der Tat weit höhere Lasten. Auch die Tatsache, daß die Besitzenden zu Verfallssteuern allein oder zu höheren Quoten herangezogen werden, mildert den harten Druck auf die breiten Massen kaum. In den 62 Mark stehen eben mehr als zur Hälfte indirekte Steuern, die der Massenkonsum

tragen muß. Und nochmals müssen wir an die Milliarden erinnern, die durch unsere Hochschulzollpolitik in die Taschen der Privatkapitalisten fließen. Milderung des unerträglich gewordenen Steuerdrucks, Beseitigung der die Volksgesundheit bedrohenden Teuerung, soweit sie durch staatliche Massnahmen hervorgerufen wird, kurz Verbilligung der Auspoierung des Volkes heißen wir daher von neuem von der Regierung und den Vertretungskörpern. Die arbeitende Klasse in ihrer Macht steht hinter dieser Forderung!

Aus dem reichsländlichen Zentrums-Zirkus.

Aus dem Elsass wird uns geschrieben:

Die virtuosesten Seiltänzer der deutschen Zentrumspartei sind vielleicht - von dem unerreichten Meister Matthias von Wullenhaufen abgesehen - die jüngsten Zweige aus herrlichen deutschen Zentrumsbaume, die Sprößlinge im äußersten deutschen Südwesten, in Elsass-Lothringen, die im vorigen Jahre, dem Jahre der elass-Lothringischen Verfassung, rebellisch geworden sind. Und ein typischer Vertreter dieser Seiltanzkunst ist der bei der Reichstagswahl im Januar dieses Jahres im Kreise Colmar unterlegene und jetzt zu der durch den Tod des Abg. Dr. Bill im Kreise Schleisstadt nötig gewordenen Reichstagswahl, wieder aufgestellte Abgeordnete Dr. Haegh vom „Elsässer Kurier“ in Colmar. Dieser elassische Zentrumsredakteur war nach der „großen Reichsfinanzreform“ von 1909 ein gewaltiger deutscher Patriot, der es für seine Aufgabe hielt, das nationale Werk des Reichstags-Synapsbuchs vor den Elsass-Lothringern zu verteidigen und die unzufriedenen oberelassischen Zentrumsknappen mit dem steuerpendenden Reichstagszentrum wieder auszuöhnen. So sagte er nach einem Verichte seines Parteiorgans, der „Oberelassischen Landeszeitung“, vom 29. Oktober 1909 in einer Versammlung des katholischen Volksvereins in Thann i. El., wo er über das „sehr zeitgemäße Thema: Die Reichsfinanzreform“ referierte, was folgt:

„Eine gewisse Stokraft wohnt der deutschen Nation inne. Sie hat sich durchzuringen gewußt, sich den gegebenen Verhältnissen bequem anzupassen verstanden und es zu einer Blüte und zu einem Ansehen auf der ganzen Welt gebracht, was besonders den Konkurrenzneid der Engländer aus höchste entfachte, die englische Feindschaft gegen uns entfeilte. Und angesichts dieser Feindschaft, angesichts aller Angriffe des angelsächsischen Volkes sollte Deutschland müßig und ruhig zusehen? - zusehen, wie England immer mehr rüstet - gegen wen - -? -

Kein! - Wenn wir aus Elsass-Lothringen auch keine waschechten Hurratrioten sind, wenn man uns und schon manchmal von „drüben“ als Staatsbürger 2. Klasse behandelt hat, so müssen wir doch sagen, wenn wir die Schläge von einem rein objektiven Standpunkte aus betrachten, zumal wir nun ja selbst äbel oder wohl deutsche Staatsangehörige sind, Deutschland konnte nicht anders handeln, es war sogar seine Pflicht, es mußte auch rüsten, um in einem etwa eintretenden Falle nicht nackt und unbewaffnet dazustehen. Doch kaum hat es sich entschlossen, vier große Schlachtschiffe à la „Dreadnought“ zu bauen, will England schon deren acht haben; man sieht immer, wo's hinaus will. England bestimnt in einem gewissen Maße unsere Politik. England zwingt Deutschland, die Flotte zu vermehren, einige Tausend junge Männer mehr zur Marine zu berufen. ... Die beste Gewähr für den Frieden bietet eben ein starkes Heer und eine mächtige Flotte. ... Dem Zentrum aber, dem schon so oft verdrienen, gilt das Lob, ungeachtet einer eventuell eintretenden Parteierkitterung, die Reform durchgeführt zu haben, zur Hebung und Gesundung unserer Finanzen das möglichst beigetragen zu haben.“

Nicht ganz zwei Jahre später! Es hat sich gezeigt, daß die „Parteierkitterung“ im Zentrum als Folge der Synapsbuchsreform doch etwas tief ging und für die bevorstehenden Landtags- und Reichstagswahlen speziell in Elsass-Lothringen nichts Gutes ahnen ließ. Da wird denn das national so verdienstvolle Zentrum mit der ganzen nationalen Begeisterung von 1909 plötzlich über Bord geworfen! In der Nummer des „Elsässer Kurier“ vom Sonnabend, den 10. Juni 1911, schrieb derselbe Dr. Haegh diese ganz andere Epistel:

„Während wir im Interesse der katholischen Sache jede Verbindung abgebrochen wissen wollen mit dem Reichszentrum, um selbständig und unbehindert durch Ausübung von rechtsrheinischen Affären unsere elassische Landespolitik zu betreiben, fürchten die Herren in Augsburg wir gingen verloren, wir werten uns den Antiklerikalen in die Arme, der Klerikalismus habe sich „des Schlimmsten zu versehen! Das Umgekehrte ist richtig. Die „christliche Aktion“ soll keinen Schaden leiden. Die breiten Massen unseres Volkes halten fest an den christlichen Grundsätzen, stehen treu zur Kirche. Wir wünschen, daß uns aus diesen christlich gefühlten Volkstreffen niemand dadurch entfremdet wird, daß man Abstimmungen des Reichszentrums hegerlich gegen uns ausdeutet, die mit den Anschauungen unseres Volkes nicht übereinstimmen. Wir haben da namentlich Abstimmungen in sogenannten „nationalen Fragen“ im Auge. Bewilligung von Heeres- und Marineausgaben, von neuen Steuern usw. Das mag das Reichszentrum im Sinne seiner Wähler machen müssen! Seine Wähler haben „nationalen Sinn“ und verlangen das! Sie sind stolz auf das große deutsche Heer und die mächtige Kriegsslotte, und sind bereit, für des Vaterlandes Größe Opfer zu bringen. ... Sei uns in Elsass-Lothringen kennt das Volk nichts dergleichen. Diejenigen, die von Frankreich innerlich völlig losgelöst sind, tragen doch keine Spur deutscher Vaterlands-

Begeisterung in der Brust. Mit einem Appell an den bürgerlichen Opfergeist für die „Größe und Macht des deutschen Vaterlandes“ kann man da nur für die sozialistische Agitation wirken. Der harmloseste sozialistische Agitator wirkt gut, wenn er Arbeiter für die Revolutionspartei mit der Hege gegen die Militär- und Marineausgaben. Uns wird man umgekehrt die nationalen Ausgabenbewilligungen des Reichstags verhalten, und wir können nicht schroff genug die Verantwortung dafür abschütteln. Uns wird man die Wähler ausspannen mit Hege gegen den Militarismus und den Marinismus, die uns allen im Lande Elend-Lothringen im Grunde der Seele verhaßt sind, denn wir sind Pazifisten! Wir fühlen kein Bedürfnis einer stetigen Vergrößerung des deutschen Riesenheeres und einer ständigen Verbollkommnung seiner Bewaffnung, um Elend-Lothringen zu hüten gegen die Franzosen. Unser Volk sieht nicht ein, daß man fast eine Milliarde pro Jahr ausgeben muß, um uns zu hüten. Unser Volk glaubt nicht, daß die Franzosen es so schlimm mit uns verhalten. Sie haben uns höchstens etwas zu gern! Franzosenangst, Franzosenfeindschaft, Franzosenhaß, das kennt man bei uns nicht. Kasse- und Rindholzfsteuer, Biersteuer und Tabaksteuer kann man in Elend-Lothringen nicht verteilen mit dem Hinweis auf „nationale Notwendigkeiten“ und vaterländische Aufgaben. Das Publikum laßt dem vaterländischen Redner ins Gesicht und folgt dem sozialistischen Hege!

Den anders gearteten Ueberzeugungen unseres Volkes muß eine andere Taktik, eine eigene Landespolitik entsprechen, die uns zwingt, unsere unbedingte Selbstständigkeit zu betonen, die es uns unmöglich macht, solidarische Verantwortungen mit dem Reichszentrum zu tragen. Die Zentrumsanhänger im Reich ringen und mühen sich ab, um als „nationale Partei“ zu gelten. Wir wollen „nationale Eliten“ sein in den Augen unseres Volkes, sonst können wir einpacken! Und unser Eliten-Nationalismus verlangt von uns ganz anderes als der Nationalismus des Reichstags im Reich. Es ist geradezu elementar, daß jede Partei mit ihrer Politik den Gesinnungen ihres Volkes Rechnung trägt!

Wertwürdigerweise hat an der Aufstellung dieses elässischen Patentnationalisten zum Reichstagskandidaten des Zentrums als Nachfolger des Dr. Will, der bei den Wahlen im Reichstag noch gelegentlich mit dem Reichszentrum für den Nationalismus des Reichstags zu haben war, nicht einmal die „Kölnische Volkszeitung“ Anstoß genommen, die sich doch von Tag zu Tag hurrapatriotischer gebärdet. Man denkt in der Redaktion des rheinischen Zentrumsblasses wohl auch, daß es durchaus angebracht sei, in Köln und Berlin gut deutsch-nationale Zentrumspolitik, in Kolmar und Schlestadt aber elässisch-nationalistische unter Expulsion des Militarismus und Marinismus zum Ausdruck zu treiben. Wenn nur der Militarismus dabei gebelgt!

Die Öffentlichkeit aber darf nun neugierig sein, ob der Reichstagskandidat des Zentrums im Kreise Schlestadt bei seiner in den nächsten Wochen eingehenden Wahlkandidatur seine These von 1909 erneuert: „Die beste Gewähr für den Frieden bietet ein starkes Heer und eine mächtige Flotte“ oder ob er seinen Satz von 1911 bestätigt: „Wir fühlen kein Bedürfnis einer stetigen Vergrößerung des deutschen Riesenheeres und einer ständigen Verbollkommnung seiner Bewaffnung!“ Welche Schlußfolgerung wird Herr Dr. Gargy ziehen? Er ist auf alle Eventualitäten eingerichtet. Er ist der würdige Kandidat des Zentrums!

Schwankende Stützen.

Nach fast sechsjährigem Stillstand hat die Gärung in der russischen Armee und Marine wieder einen bedrohlichen Umfang angenommen. Schon im Mai fanden, wie erinnerlich, umfassende Verhaftungen auf den in Finnland stationierten Panzerschiffen statt; kürzlich wiederum wurden 3 Matrosen des Panzers „Jwan Slatoust“ zum Tode und sieben zur lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt, und gegenwärtig findet in Petersburg ein Prozeß gegen 67 Matrosen der baltischen Flotte statt, die angeblich einer revolutionären Organisation angehört haben, die sich, wie die Anklage behauptet, auf sämtliche Dampfschiffe und Kreuzer der Ostseeflotte erstreckt und für 1912 oder 1913 eine bewaffnete Erhebung der baltischen Flotte geplant haben soll. Man geht nicht fehl, wenn man diese phantastischen Anklagen, die es natürlich auf zahlreiche Maturteile abgeben haben, mit der provokatorischen Tätigkeit der Petersburger politischen Polizei in Verbindung bringt, die schon lange ihr Augenmerk auf die Flotte gerichtet hat, und deren Agenten dort eine fieberhafte Tätigkeit entfalten. Indessen darf nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß diesen recht verdächtigen und aufklärungsbedürftigen Vorgängen in der Flotte ein bedrohlicher Grad der Unzufriedenheit und Erregung der Mannschaften zugrunde gelegen hat.

Dieselbe Schlußfolgerung gestattet auch die jüngsten Ereignisse in Turkestan, wo die Mannschaften des ersten und zweiten Bionierbataillons in der Nacht zum 15. Juli gemeinert und den regierungstreuen Schützen und Kosaken eine förmliche Schlacht geliefert haben. Die Regierungspresse fabelt natürlich auch hier von einem planmäßig vorbereiteten revolutionären Aufstand — die „Kölnische Zeitung“ hat sogar die Stirne, von „sozialdemokratischen Sendlingen“ zu sprechen, die „den Mittelpunkt ihrer Propaganda in einem an das Lager grenzenden Dorfe“ unterhielten, wo sie „in Kantinen und Bordellen tätig waren“ —, indessen geht sogar aus der offiziellen Schilderung der Revolte hervor, daß die explosive Empörung der Truppen sich einzig und allein gegen die unmittelbaren Vorgesetzten, die Offiziere gerichtet hat, von denen 3 getötet und 4 verwundet wurden. Eine zuverlässige Schilderung der Vorgänge fehlt zurzeit noch, es unterliegt aber selbst auf Grund der Mitteilungen in der rechtsstehenden Presse keinem Zweifel, daß der „Aufstand“ der Turkestaner Bioniere keineswegs durch eine „sozialdemokratische Propaganda“, sondern durch den darin militärischen Drill, die schlechte Verpflegung und die Grausamkeit der Offiziere hervorgerufen worden ist. Sieht sich doch sogar der reaktionäre Schriftsteller Menschikow gezwungen, in der „Romoje Wremja“ den Brief eines Kompaniechefs zu zitieren, den er zwei Wochen vor dem erwähnten „Aufstand“ aus dem Turkestaner Militärbezirk erhalten hat. Der Kompaniechef beklagt sich bitter über die Tiebeswürdigkeit in der Armee, die ihn zwingt, die jungen Soldaten in zerlumpte Uniformen zu stecken und fast barfuß herumlaufen zu lassen. „Alles“, schreibt er wörtlich, „was von der Staatskasse geliefert werden muß, wird von den Kompanieführern, unter dem Druck der Abteilungschefs, dem Etat der Soldaten selbst aufgebürdet, sonst wird man als untauglicher Kompaniechef attestiert.“ Diese Mitteilung deckt natürlich nur einen Bruchteil der Gewalttätigkeit auf, die den Untermilitärs gegenüber zur Anwendung gelangt. Namentlich in Turkestan ist das Sabelregiment der Offiziere am stärksten, und naturgemäß führt der Haß der Soldaten hier am ehesten

zu Ausbrüchen der Empörung, die in Kolonialgebieten am schnellsten heranreifen.

Es ist natürlich auch kein Zufall, daß diese Anzeichen der Empörung sich zuerst in den technisch hochstehenden Truppenteilen der Armee, wie in der Marine zeigen. Die Mannschaften rekrutieren sich hier vorzugsweise aus der industriellen Arbeiterschaft, die allein den hohen Anforderungen der modernen Militär- und Marinetechnik genüge leistet. Je höher nun die revolutionäre Welle in der städtischen Arbeiterschaft steigt, je mehr ihre Aktivität zunimmt und die Stagnation des letzten Jahres verdrängt, desto heftiger gärt es in der Armee und Marine, desto häufiger nimmt das Bewußtsein der geknechteten Menschennurde überhand über die kühle Berechnung und Erwägung. In der spontan ausbrechenden Revolte vereinigt sich dann die Empörung gegen die unmittelbaren Bedrücker mit dem instinktiven politischen Protest des zum Massenbewußtsein erwachenden Proletariats. Greift hier noch die politische Polizei ein, um den Gärungsstoff in der Armee durch ihre Lockspinnlätigkeit zum Ausbruch zu bringen, so ist der Effekt nur der, daß die Gärung an Breite und Tiefe zunimmt und den Verlesungsprozess der bewaffneten Kräfte beschleunigt.

Die klüglichen Köpfe im reaktionären Lager verhehlen sich diesen den Absolutismus gefährdenden Zusammenhang nicht. So schreibt der oben zitierte Mitarbeiter der „Romoje Wremja“, Menschikow: „Was soll denn das Marinereffort tun, wenn die modernen Schlachtschiffe Schlachtabrifen sind und für ihre unzähligen Maschinen Untermilitärs erfordern, die in den Fabriken die nötige Vorbildung genossen haben? Oder was soll das Bioniereffort tun, wenn es keine des Lebens kundige Rekruten hat, die für das Ingenieur- und Pionierfach vorgebildet sind? ... Ihrem Wesen nach fordert die moderne Armee eine gewisse Ausbildung; die Bildung jedoch, selbst die in den Volksschulen erworbene, legt die Schienenstränge für alle neuen politischen und revolutionären Ideen.“ Aus dieser vollkommen richtigen Erkenntnis zieht aber Menschikow nicht die einzig richtige Konsequenz, daß der kapitalistische Staat auch in seinen militärischen Machtmitteln seinen Antipoden großziehen muß, der die ganze kapitalistische Herrlichkeit über den Gassen werfen wird, und daß namentlich das halb-absolutistische Russland keinen Schritt tun kann, ohne sowohl in seinen Produktionsformen, wie in den durch die Großmachtsstellung und den imperialistischen Kurs geforderten militärischen Kräften die dialektischen Gegensätze auszulösen, die den Untergang der bestehenden Ordnung bedeuten. In hilfloser Verzweiflung schreit auch er nach der Polizei als dem alleinseligmachenden Heilmittel, und gibt sich zugleich der Hoffnung hin, daß die Regierung durch keine Jugendsünden auf wirtschaftlichem Gebiet die Herrschaft über ihre militärischen Kräfte würde erhalten können. Die künftige Entwicklung wird diese Hoffnung ebenso zuschanden machen, wie die Hoffnungen der Reaktionäre vor 1905, eine mächtige Volksbewegung durch Bajonette und kleine Mittelchen meistern zu können.

Der Krieg.

Die türkische Krise.

Konstantinopel, 1. August. Da das Ergebnis der Abstimmung in der heutigen Sitzung der Kammer eine gewisse Verwirrung verursachte, muß herbeigehoben werden, daß nach der letzten Abstimmung die Kommission sich in dringlicher Weise mit der Prüfung des von der Regierung gestellten Antrages auf Abänderung des Artikels sieben der Verfassung zu befassen haben wird. Die Kammer hat zwar auf die Priorität der Vorlage verzichtet, jedoch wird es der Kommission irreführen, sich damit zu befassen. Der Großwesir hat dies im Laufe der Verhandlung anerkannt. Der Führer der jungtürkischen Partei, Senid, hat diesen Punkt nach Schluß der Abstimmung besonders hervorgehoben, indem er sich auf die vorangegangene Erklärung des Großwesirs berief.

Nach der Abstimmung in der Kammer trat die jungtürkische Partei zu einer Beratung zusammen und beschloß, den Kriegsminister wegen der militärischen Maßnahmen und wegen der Vorkehrungen in der Umgebung der Kammer zu interpellieren. Die Interpellation hätte noch heute abend verhandelt werden sollen, worauf der Minister aufgefodert worden wäre, sie sofort zu beantworten, doch ergab sich die Beschlußunfähigkeit der Kammer.

Abermalige Aufhebung der Depeschensur.

Konstantinopel, 2. August. Die zivile Depeschensur ist neuerdings aufgehoben worden.

Ein Bombenattentat.

Saloniki, 2. August. Nach einer amtlichen Meldung hat auf einem Landwege bei Gjevgeji ein Zusammenstoß zwischen türkischen Soldaten und einer bulgarischen Bande stattgefunden, wobei der den Soldaten als Führer dienende Komitatli Risto und zwei Mitglieder der Bande getötet worden sind. Vier türkische Soldaten und zwei Feldhüter wurden verwundet. Infolge einer Bombenexplosion sind 6 Häuser in Brand geraten.

Saloniki, 2. August. Es bestätigt sich, daß im Bazar von Kotschana im Wilajet Kossowo kurz nach einander zwei Göllemaschinen explodiert sind. Die Wirkung war furchtbar. Ungefähr vierzig Personen sind teils getötet, teils verletzt worden. Einzelheiten fehlen noch.

Wachsende Erregung der Armuten.

Saloniki, 2. August. Da die von den Armuten für die Auflösung der Kammer gestellte Frist bald abläuft, bewirkt sich der Armuten wieder eine größere Erregung. Aus Westküste wird berichtet, daß der Kommandant des Wachturms Gardischa sowie fünf Ortsvorsteher und 12 Gendarmen ihre Posten verlassen haben und zu den Armuten übergegangen sind. In Sienciho brachen die Armuten in das Gefängnis ein und setzten 132 Sträflinge in Freiheit. Bei Seldsche fand ein Kampf zwischen Kossowen und der Besatzung mehrerer Wachtürme statt. Die Besatzung wurde schließlich überwältigt, entwaffnet und dann freigelassen.

Die Begnadigung der alten Würdenträger.

Konstantinopel, 2. August. Das jungtürkische Komitee sucht die Begnadigung von 120 Ministern, Würdenträgern und sonstigen Funktionären des alten Regimes gegen die Regierung auszusprechen. Eine offizielle Note besagt, die Regierung habe die Maßnahme getroffen, um die Befassung streng einzuführen, und weist nach der Aufhebung des Belagerungszustandes die Begnadigung der auf administrativen Wege bekannten Personen unabweislich gewesen sei.

Zur Kennzeichnung der schwierigen Lage, in der sich die Regierung der Kammer gegenüber befindet, dient die Tatsache, daß auf den Nachrichten zufolge die albanesischen Delegationen von Nitrowiha am 20. Juli an den Sultan ein Tele-

gramm gerichtet haben, in dem sie die Auflösung der Kammer binnen 48 Stunden verlangten. Der Sultan habe in seiner Antwort zur Geduld geraten. Der Großwesir, den die gleiche Forderung telegraphisch übermittelt wurde, habe geantwortet, er werde den Führer der Mission Ibrahim Pascha nach Nitrowiha entsenden und gefällige Forderungen bewilligen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. August 1912.

Solfs Phantasien und die Wirklichkeit.

Herr Solf, der gar oft auf Reisen gegangene Staatssekretär für das Reichskolonialamt, hat unlängst erklärt, daß Deutsch-Südwestafrika „eine große Zukunft“ habe. Das hat ja auch Herr Dernburg schon Anno 1906 gesagt. Wie es aber in „Neu-Deutschland“ heute in Wirklichkeit aussieht, das schildert ein „langjähriger, erfahrener Kolonist aus Südwest“, der sich zurzeit in der deutschen Heimat aufhält, in der „Deutschen Warte“ folgendermaßen:

Woraus hat Herr Dr. Solf, der also sprach, seine optimistisch-Anschauung geschöpft? Sind ihm denn nicht die derzeit enorm hohen Preise aller Lebensbedürfnisse und Gebrauchsgegenstände, wie überhaupt der abnorme Goldstand und geringe Geldwert in unserer Kolonie aufgefallen? Sind doch sogar die beherrschenden Preise, z. B. die Gerüstlösen, dadurch bedingt und so hoch, daß niemand mehr auch nur zu prozessieren wagt. Im Landestat zu Windhof, der eine Art von Provinziallandtag ohne gesetzgebende Kraft ist, wurde dieser Punkt vor einiger Zeit behandelt, und der Gouverneur Dr. Seih gestand dabei, er habe in Windhof für 75 Fund Kartoffeln 42 R. zahlen müssen, und auch die sonstigen Hauptlebensmittel seien dreifach so teuer wie in Deutschland, und diese Lebensmittelerhöhung werde die wirtschaftliche Entwicklung des Schutzgebietes noch auf Jahre hinaus aufhalten. — Dr. Seih hatte nur allzu recht mit seiner Weissagung. Tatsächlich liegt die Geschäftswelt des Schutzgebietes heute mehr als je über schlechte Zeiten und der Farmer über schlechte Preise und Mangel an Bargeld bei Verläufen. Die Unternehmer vermissen neue Aufträge wegen mangelnder Baulust, Handwerker und Arbeiter klagen über schlechte Beschäftigung. Die Kolonie steht mitten drin in einer geschäftlichen Krise. Die zeigt sich in Zahlungseinstellungen, Pfändungen, erhöhter Beschäftigung der Gerichte und unheimlich großem Besuch der Wirtshäuser durch Beschäftigungslose und Arbeit- und Verdienstsüchtige. Aus geschäftlichen Gründen wird die Krise nicht immer ehrlich zugestanden, und so täuscht man, ohne es zu wollen, die Leiter des Landes. Der Farmer klagt. Wie helfen? Die Anstellungunterstützung von 6000 R. kann ihm doch unmöglich jährlich gegeben werden. Der Hausbesitzer kann auf das stolze Haus keine Hypothek bekommen, es sei denn, daß seine Gläubiger sich eine Sicherheitshypothek eintragen lassen. Und aus diesem Grunde steht Handel und Wandel still. Die großen Farmgesellschaften mit Direktoren, Schreibern, Wollschuppen und Anschlaggleichen werden sich wohl kaum eine große Dividende berechnen können. Unentgeltlich angelegtes Großhospital scheidet aber sonst arbeitsfähiges Kapital zurück. Man sagt sich unwillkürlich, wenn es mit Millionen nicht geht, wie kann es da mit Hunderttausenden gehen.

Der Ausblick auf die Zukunft erscheint uns auch in den Bergwerksangelegenheiten nur düster und dunkel. Trotz Arbeit der Minengesellschaften und vieler, vieler optimistischer Privatschürfer sind wir nicht einen Schritt weiter gekommen. Ueber die Diamantenfrage ist ja alles Besessene bekannt. Die Ernteerträge sind eingetrudelt. Aber welche schönen Hoffnungen knüpfen sich nicht auch an den für westafrikanischen Marmor-Kolonialgesellschaft zeigt sich das Besessene, was man auch bei den anderen Unternehmen konstatieren mußte, nämlich, daß die Hoffnungen der Gründer viel zu hoch gespannt gewesen sind. Der afrikanische Marmor läßt sich nicht so einfach abbauen und verwerten, wie anfangs angenommen wurde. Auch sind es gar nicht einmal die Transportchwierigkeiten, die so verheerend wirken. Vielmehr stellt sich jetzt heraus, daß nur ein Teil des edlen Gesteins brauchbar ist; große Mengen (circa 90 v. H.) sind derartig mit Fremdstoffen durchsetzt, daß sie für industrielle Zwecke nicht verwendbar sind. Der Kurs der Anteile der Gesellschaft ist seit der Gründung im freien Markte um circa 40 v. H. zurückgegangen.

Diese Darstellung des alten, landkundigen Praktikers klingt allerdings ganz anders, als die des Herrn Kolonialministers, der Potemkinsche Dörfer gesehen hat! In Wirklichkeit ist es in Südwestafrika nie besser gewesen. Die Kolonie stand vielmehr vor dem Bankrott, als der Krieg ausbrach, der dann auf Kosten des deutschen Volkes, das 400 Millionen dafür blechen mußte, auf ein paar Jahre einen künstlichen Aufführung brachte, dem aber jetzt trotz allen Diamantengewinns längst wieder der graue Jammer gefolgt ist!

„Um ein deutsches Menschenleben.“

Unter dieser sensationellen Ueberschrift kritisiert die „Post“, daß die deutsche Regierung angeblich noch nichts getan habe, um das Schicksal des deutschen Reichsangehörigen Opik, der in Marakesch ermordet worden sein soll, aufzuklären. Nach neueren Meldungen soll Opik nicht getötet, sondern von den Eingeborenen zwecks Erlangung eines Lösegeldes entführt worden sein. Die „Post“ bemerkt höhnisch:

Bei den guten Beziehungen, die Baron de Schoen zu den Pariser Machthabern hat, und bei dem Dankverhältnis, das man in Paris billigerweise für das verständnisvolle Entgegenkommen der deutschen Regierung in der Zeit vom Juli bis November 1911 voraussetzen darf, kann es sicherlich nicht schwer halten, die Unterstützung der französischen Behörden zu gewinnen, um sofort eine Hilfsaktion zugunsten des Herrn Opik einzuleiten.

Die „Post“ bedauert dann lebhaft, daß wir in Marokko nichts mehr zu sagen haben, sonst würde das Verfahren wesentlich vereinfacht worden sein. Es handle sich hier um ein deutsches Menschenleben, und es sei zu hoffen, daß die Flage des Reiches selbst in Frankreich noch genügend Ansehen besitzt, um den in höchster Gefahr befindlichen deutschen Untertan auch im verloren gegangenen Marokko zu schützen.

Der „Post“ ist es natürlich weniger um den Reichsangehörigen Opik zu tun, als darum, wieder einmal ihrem Schmerz darüber Ausdruck zu verleihen, daß die Marokko-Affaire nicht die von den deutschen Chauvinisten ersehnte Wendung genommen hat. Soweit bisher Meldungen vorliegen, ist Opik im vollen Bewußtsein der Gefährlichkeit dieses Unternehmens ohne jede Begleitung über die Grenze der Stadt Marakesch hinausgeritten, und kein Staat in der ganzen Welt kann verpflichtet werden, die Verantwortung für einen solchen Hang nach Abenteuerlichkeit zu übernehmen. Man müßte sonst logischerweise verlangen, daß das Reich jedem Deutschen, dem Abenteuerlust in exotische Gegenden treibt, gleich von vornherein eine Schutztruppe mitgibt, die ihn auf allen Pfaden beschützt und bewahrt.

Vom „liberalen“ Vereinsgesetz.

In weicher „loyaler“ Weise prüfliche Amtsvorsteher das famose Vereinsgesetz konstatieren, dafür zwei Beispiele aus dem Wahlkreise Merseburg-Querfurt. Zwei Vertreter des Arbeiter-

Radfahrerverein Reumarkt begaben sich zum zuständigen Amtsvorsteher, dem konservativen Rittergutsbesitzer von Hellendorf-St. Ulrich, um die Vergnügungssteuer für ein nur für Mitglieder bestimmtes Vereinsvergnügen zu erlegen. Da der jungerliche Amtsvorsteher als ein fanatischer Sozialistenfeind bekannt ist, hatten die Arbeiterradler gar nicht erst um die Genehmigung der üblichen Korsofahrt und eines öffentlichen Festes nachgesucht. Aber auch die Abhaltung des geschlossenen Vereinsvergnügens wurde verboten. Als dem Herrn daraufhin erwidert wurde, daß er mit zweierlei Maß messe und bei Kriegervereinigungen keine Schranken kenne, gab der gemüthliche Amtsgewaltige unseren Genossen den folgenden Rat: „Halten Sie zu Kaiser, König und Vaterland und halten Sie es mit mir, dann können Sie auch Vergnügen abhalten.“

Um zu verhindern, daß die Radler dennoch ihr Fest feierten, postierte der Amtsvorsteher nicht weniger als fünf Gendarmen, einen Amtsdienner und einen Radwächter vor das Lokal. Die Arbeiter kamen jedoch gar nicht in die Lage, in den Bereich der Gendarmenlinien zu geraten, denn der geachtete Wirt zog seine Fufage zurück mit der Entschuldigung, es sei ihm vom Amtsvorsteher eine Geldstrafe von 100 M. und die Verhängung der Polizeistunde angedroht worden.

Nach der Erläuterung des jetzigen Reichshandlers bei Beratung des Vereinsgesetzes ist dieses Vorgehen des Amtsvorstehers ein Amtsmißbrauch und da unsere Genossen auf die Beachtung der Gesetze in solchen Fällen ebenso peinlich achten, als in anderen Fällen die Amtsvorsteher, so dürfte das Liebchen noch nicht ausgefungen sein.

Nicht minder schroff ging der Nachbarcollege des Herrn von Hellendorf, der Amtsvorsteher v. Wose in Frankleben gegen den Radfahrerverein Mägeln vor, der um die Genehmigung einer Korsofahrt durch den kleinen Industriecor Wendorf nachgesucht hatte. Das Gesuch wurde glatt abgelehnt und den Antragstellern folgender preussischer Bescheid als „Begründung“ zugestellt:

„Mit Rücksicht auf die ganz erhebliche Spannung zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und den Sozialdemokraten andererseits kann einer solchen Herausforderung der bürgerlichen Parteien durch die Sozialdemokraten, wie sie durch den geplanten Umzug stattfinden soll, die öffentliche Sicherheit auf den betreffenden Straßen während des Umzuges nicht verbürgt werden. Es steht zu befürchten, daß es bei dieser Gelegenheit zu Tumulten kommen wird. Der geplante Umzug hat daher Gefahr für die öffentliche Sicherheit im Gefolge. Da die in Wendorf befindlichen öffentlichen Straßen sehr schmal und hier regelmäßig ein starker Automobil- und Fußverkehr stattfindet, bietet der geplante Umzug auch in dieser Hinsicht eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Ein Grund für den Umzug in Wendorf ist im Hinblick darauf, daß der Verein ein Lokal in Wendorf nicht besitzt, nicht ersichtlich.“

Der Amtsvorsteher v. Wose.

Der Schauplatz dieser Ereignisse liegt nicht in Ostelbien oder Mecklenburg, sondern nicht bei den Großstädten Halle und Leipzig, und zwar in einem Bismarck, in dem die Juncker bei der letzten Reichstagswahl arg geschunden hinausgejagt wurden. Der Schmerz über den Verlust des Mandats steckt daher den agrarischen Wählerwächtern noch in den Knochen.

Fünfzig Tage Zwangsarbeit.

In welcher Weise die Eingeborenen unserer Kolonien durch Kopfsteuern resp. Zwangsarbeit belastet werden, beweist folgende Notiz der „Täglichen Rundschau“:

„Dem durchaus zu billigen Grundsatz folgend, daß die Eingeborenen in den Kolonien mit beizusteuern haben zu den Kosten der Verwaltung, unter deren Schutz ihr Leben und Eigentum, früher eine häufige Beute räuberischer Nachbarn, nunmehr geschützt sind, hat Gouverneur Dahl in 13 Gemeinden die jährliche Kopfsteuer von 5 M. auf 10 M. erhöht. Die Steuer kann nur durch Arbeitsleistung abgetragen werden, wobei 20 Pf. für den Arbeitstag in Anrechnung gebracht werden. Es wäre zu wünschen, daß auch in den anderen Kolonien die Eingeborenen mehr als bisher zur teilweisen Erstattung der Verwaltungskosten herangezogen würden, natürlich entsprechend den ihnen zugänglichen Erwerbsmöglichkeiten. Das gilt insbesondere auch für unser anderes Südpazifikgebiet, Samoa, wo der erwachsene Eingeborene bei einem Arbeitstageslohn von 2,50 M. nur 20 M. jährlich Steuern zu zahlen hat. Die Besteuerung der Eingeborenen im Neu-Guinea-Gebiet, soweit sie unter der Kontrolle der deutschen Verwaltung stehen, ist eine verhältnismäßig mehr als sechs mal so hohe wie in Samoa. Würde man sich auch dort endlich zu einer gerechten Steuerverteilung entschließen, so würde neben einer Entlastung der jetzt über die Gebühr besteuerten europäischen Wirtschaftsbetriebe die Arbeiterfrage wenigstens zu einem Teile ihrer Lösung nähergebracht werden.“

Wenn die Verwaltung von Neu-Guinea 20 Pf. Kopfsteuer einem Arbeitstag gleichsetzt, wird durch die Erhöhung der Kopfsteuer für 13 Gemeinden mit einem Schlage die dem Gouverneur zu leistende Zwangsarbeit um 25 Tage, nämlich auf 50 Tage erhöht! Und die Bemühten des „Blattes der Gebildeten“ fordern ebendies, daß auch in den anderen Schutzgebieten, wie Samoa, die Steuern derart erhöht würden, daß die 50 Tage Zwangsarbeit entstehen. Daß die Eingeborenen von solcher zivilisatorischen Begünstigung nicht einzückt sind, und die Erhebungen gegen das Kolonialregiment nicht abreißen, ist kein Wunder!

Oesterreich-Ungarn.

Der Attentatsprozess in Kroatien.

Aus Agram wird uns geschrieben: Der Prozess des Attentäters Jusic gestaltete sich gleich zu Beginn zu einer schweren Blamage des Diktators Ruwai und seiner Palatinen.

Als Zuschauer wurden nur 20 Personen von der Polizei eingelassen. Den Journalisten wurde mitgeteilt, daß alle Telegramme und alle Zeitungsberichte zuerst die Zensur passieren müßten. So erschien am ersten Tage kein Vertreter der ausländischen Presse.

Angelagt sind neben dem Juristen Jusic als intellektuelle „Mithelfer“ zwei Schüler der Lehrerbildungsanstalt, von denen der jüngste 15 Jahre alt ist. Sobald die Angeklagten ihre Plätze in dem Sitzungssaal eingenommen hatten, stand Jusic auf und erklärte ganz laut: „Bevor der Staatsanwalt uns der Verbrechen anzuzeigen beginnt, verlange ich von dem Gericht die Verfolgung des größten Verbrechens in Kroatien, des Stabko Ruwai.“ „Halten Sie den Mund“, erwiderte der Vorsitzende, „hier ist der Justizpalast.“ „In Kroatien gibt es keine Justiz, gibt es keine Gesetze“, schrie Jusic. — „Ich verbiete Ihnen zu sprechen.“ „Ich gehorche nicht, Sie sind ein Lakai von Ruwai, und repräsentieren für mich keine Autorität.“ Nachdem die Erregung, die lange andauerte, etwas nachgelassen hatte, wurde die „Arbeit“ wieder aufgenommen. Als von Jusic verlangt wurde, einen Verteidiger zu ernennen, erklärte er: „Ich brauche keinen Verteidiger. Ich werde mich selbst verteidigen, wie sich ein von allen Seiten von Hund angetroffener Mensch mit seinem ausgegogenem Hod verteidigt.“

Die vom Gericht bestellten Verteidiger verlangten die Untersuchung des Geisteszustandes der zwei Hauptangeklagten, Jusic und Reuhart.

Als mit der Verlesung der Anklage des Staatsanwalts angefangen wurde, stand Jusic auf und sagte zu seinen Kameraden: „Wir haben jetzt hier nichts zu tun, gehen wir hinaus.“ Und lief schnell zur Tür. Die anwesenden Schutzeleute stürzten sich auf ihn und schlugen ihn so, daß er an die Tür stürzte. Er machte doch die Tür auf, verließ den Sitzungssaal und wollte auf keinen Fall zurückkehren. Er verlangte, in seiner Zelle zu bleiben, was ihm endlich bewilligt wurde.

Das Schlagen eines Behrlosen vor den Augen des Gerichts und der Deffentlichkeit rief allgemeine Entrüstung hervor.

„Schlagen Sie uns auch!“ riefen die anderen Angeklagten. „Das ist das einzige, was Sie können!“

„Jetzt haben wir einen Beweis, wie die Angeklagten in der Voruntersuchung behandelt worden sind“, konstatierten die Verteidiger.

Der Vorsitzende schloß die Sitzung. Alle Agrarblätter, die die Erklärungen Jusic über Ruwai veröffentlicht haben, wurden konfisziert.

Frankreich.

Die Flottenkonvention mit Rußland.

Paris, 1. August. Zu der Meldung des „Temps“ über die französisch-russische Flottenvereinbarung wird offiziös noch ergänzt und bestätigt erklärt: Ein Abendblatt brachte die Meldung, die französische und die russische Regierung hätten kürzlich wichtige Verhandlungen bezüglich des Abschlusses einer Marinekonvention gepflogen. In dieser Form ist die Nachricht nicht vollkommen richtig. Es haben keinerlei Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen, sondern nur Besprechungen zwischen dem französischen und dem russischen Generalstabschef stattgefunden. Die Besprechungen bezogen sich auf eine zeitgemäße Weiterentwicklung der im Jahre 1892 zwischen Frankreich und Rußland abgeschlossenen Militärkonvention. Bisher war die Militärkonvention auf die Marine nicht ausgedehnt worden. Da sich aber heute die Lage zur See infolge der von den beiden Mächten gemachten Anstrengungen geändert hat, so erschien es den Generalstäben nützlich, sich über diesen Gegenstand zu verständigen. Die Frage ist, wie wir glauben, von dem Fürsten Niewen gelegentlich seiner letzten Reise nach Frankreich zur Besprechung gebracht worden. Die zeitgemäße Weiterentwicklung der Militärkonvention ändert das bestehende Abkommen in keiner Weise und hat keinen Nachteil gegenüber dem Charakter einer aggressiven Neuerung.

Portugal.

Ein monarchistisches Bombenattentat.

Lissabon, 2. August. Auf der Avenida da Liberdade wurde ein Soldat durch die Explosion einer auf dem Bürgersteig niedergelegten Bombe, gegen die er anstieß, schwer verletzt. Unter dem Verdachte, an der Verschwörung beteiligt zu sein, wurde ein früherer Arzt der Militärschule, Carlos Lopes, verhaftet.

Die Kriegsgerichte in Cabeceiras de Basto und Chaves haben mehrere Verschwörer zu sechs Jahren Zellenstrafe und nachfolgender Deportation nach Afrika auf zehn oder zwanzig Jahre verurteilt.

In Villard de Honne, in der Nähe von Barcelos, ist eine Verschwörung entdeckt worden. Der Pfarrer und sieben Bauern wurden verhaftet.

Zahlreiche Royalisten haben sich nach Südamerika eingeschifft.

England.

Auswärtige Fragen.

London, 1. August. Unterhaus. In der Generaldebatte über das Staatsgesetz behandelte Staatssekretär Grey verschiedene Fragen der auswärtigen Politik. Ueber die persische Angelegenheit bemerkte er, das eigentliche Problem der Gegenwart seien die inneren Unruhen. Er nehme nicht an, daß im gegenwärtigen Augenblick sich eine Finanzgruppe finden lassen würde, die der persischen Regierung Geld leihen würde, ohne englische oder russische oder englisch-russische Garantie. Eine große Anleihe zu garantieren, würde einer von den Schritten sein, für die er stets in Persien und anderswo die Verantwortung abzuwälzen sich bemüht habe. Was England in Betracht ziehe, sei ein weiterer Vorschlag von 200 000 Pfund Sterling, 100 000 von England und 100 000 von Rußland. Er könne nicht genau sagen, welche Bedingungen Rußland bei der Gewährung des Vorschusses Persien auferlegen werde. Sie würden aber seines Wissens für die persische Regierung nicht lästig sein. Soweit England in Betracht komme, würde die Bedingung die sei, daß das Geld zur Förderung der Bildung der persischen Gendarmerie oder für andere Mittel zur Wiederherstellung der Sicherheit im Süden verwendet werde. Er könne nur hoffen, daß, wenn der Vorschlag gewährt wäre, die Besserung der Verhältnisse in Persien sich so gestalten möchte, daß die Aussicht auf eine große Anleihe näher rücke, als es gegenwärtig der Fall sei.

Grey nahm sodann Bezug auf einen Vorschlag Roel Burtons, daß die Agäischen Inseln, da sie der Kontrolle der Türkei nunmehr entzogen seien, in eine Art von Föderation umgewandelt werden sollten, und erklärte dazu: Die Okkupation der Agäischen Inseln während des Krieges ist ein Ereignis, wie es in jedem Krieg vorkommt, und wird Anlaß zu wichtigen Erörterungen geben, wenn der Krieg vorüber und eine Einigung erzielt ist. Die Besetzung der Inseln, ihre Lage und ihr Schicksal sind Angelegenheiten, an denen mehr als eine europäische Großmacht lebhaftes Interesse nimmt. Mehr als das kann ich augenblicklich nicht sagen, während der Krieg noch im Gange ist. Niemand nimmt an, daß alles, was während eines Krieges von einem Kriegführenden besetzt worden ist, an diesen übergeben wird, wenn der Krieg vorüber ist. Was beim Friedensschluß an einen Kriegführenden übergeben wird, kann nicht erörtert werden, bevor der Friede in Sicht ist. Burton hat von der Möglichkeit eines Chaos in der Türkei gesprochen. Ich hoffe, daß dieser Fall nicht eintreten wird. Die innere Lage der Türkei ist, wie jeder weiß, augenblicklich außerordentlich schwierig. Ich hoffe zuverlässig, daß sie einen günstigen Ausgang nehmen wird.

Grey kam sodann auf die Wutunahogereuel zu sprechen und erklärte, soweit die Vergangenheit in Betracht komme, habe die britische Regierung ein ehrenvolles Verantwortungsgefühl gezeigt, weil sie einen Zustand ans Licht gebracht habe, der sonst nicht bekannt geworden wäre. Grey schloß: Wir haben alles getan, was wir auf diplomatischem Wege tun konnten, und die Regierung von Peru, die allein in dem genannten Gebiet Rechte besitzt, dringend ersucht, im Interesse ihres eigenen guten Rufes die Schuldigen zu bestrafen und einer Wiederholung solcher Greuel vorzubeugen.

China.

Ein englischer Journalist als Veirat Quansichais.

Peking, 2. August. Der Peking Korrespondent der „Times“, Dr. Morrison, hat das Amt eines politischen Ratgebers bei dem Präsidenten der chinesischen Republik auf fünf Jahre übertragen erhalten und angenommen. Er wird sein Amt im Oktober übernehmen.

Australien.

Die Arbeiter-Regierung in West-Australien.

Nach dem Sturze des allmächtigen Ministerpräsidenten J. Forrest, des Vertreters der großen Besitzfamilien, hat die Regierung der westaustralischen Arbeiterpartei, die als die fortschrittlichste der gleichartigen australischen Parteien bezeichnet wird, sich ans Werk gemacht und in wenigen Monaten schon erfolgreich gearbeitet. Die Wasserleitung nach den Goldfeldern — die Wasserbeschaffung ist eine Hauptfrage für das trockene Australien —, bisher ein „weißer Elefant“, der nicht seine Kosten und Zinsen ausbrachte, wurde ertragreich gemacht, indem man von den Wassermengen, die die vorhandene Maschinerie in der doppelten Menge des Bedarfs zu fördern erlaubt, an die Landwirte der durchgezogenen Gegend abgab, und so zugleich den Staatsfinanzen wie der Landwirtschaft nützte. Auch sonst wurden Tausende erfolgreicher Brunnenbohrungen ausgeführt. Ebenfalls zugunsten der kleinen Landwirte, deren Vernichtung für den Fall des Sieges der Arbeiterpartei man prophezeit hatte, ist es, daß die vom Staate subventionierte Adelaide-Dampfergesellschaft veranlaßt wurde, ein Schiff für den Norden des Landes zum Viehtransport in Dienst zu stellen, wodurch die kleinen Besitzer, denen bisher die großen allen verfügbaren Schiffe abgesehen hatten, auch zur Viehfuhr ins Land gesetzt werden. Weiter wurde von der Regierung vorzügliches Saatgut gekauft und zum Selbstkostenpreis + 5 Proz. für Zinsen abgegeben. Und jetzt ist man daran, eine Staatsfabrik von landwirtschaftlichen Maschinen zu bauen, um die Landwirte von der Monopolherrschaft der Fabriken zu befreien.

Auch auf anderen Gebieten nimmt die neue Regierung das Gemeinwohl gegenüber den Kapitalinteressen wahr. Der Dampfschiffgesellschaft wurde der Zuschuß von 6000 auf 8500 Pf. Sterl. herabgesetzt, wofür sie ein wesentlich geeignetes Schiff zu stellen hat. Eisenbahnen, Trams und Fähren werden verstaatlicht; kurz, die Fähigkeit der Arbeiterregierung zu wirklich positiver Arbeit zeigt sich in bester Weise.

Soziales.

Der Kampf um die Krankenkassen.

Die Unternehmer rüsten, um die Leitung der Ortskrankenkassen in ihre Hände zu bekommen. Die Reichsversicherungsordnung bestimmt bekanntlich, daß ein Beamter, um gewählt zu sein, nicht bloß die Mehrheit der Stimmen der Arbeiterbesitzer, sondern auch die Mehrheit der Stimmen der Unternehmerbesitzer haben muß. Damit liegt es in der Hand der Unternehmer, zu bestimmen, wer als Beamter angestellt werden soll. Allerdings sieht das Gesetz vor, daß, wenn Arbeiter und Unternehmer sich nicht einigen können, die vorgesetzte Versicherungsbehörde die Stelle provisorisch zu besetzen hat. Diese Versicherungsbehörde wird aber stets entweder der Vertrauensmann der Unternehmer oder einen Militäradvokaten mit der provisorischen Wahrnehmung der Stelle betrauen, nie aber einen Vertrauensmann der Arbeiter. Der Plan zum Kampfe gegen das Selbstverwaltungsgesetz der Versicherten geht offenbar von einer amtlichen Stelle aus. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Viktor Schweinburg übermitteln nämlich an die bürgerliche Presse folgende Notiz:

„Nach der neuen Reichsversicherungsordnung liegt die Entscheidung über die Wahl der Vorsitzenden und der Kassengeführten bei den Ortskrankenkassen in der Hauptsache bei den Arbeitgebern in den Kassengemeinschaften. Diese Bestimmungen hat die Reichsversicherungsordnung vorgegeben, um die Macht der Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen einzuschränken. An den Arbeitgebern liegt es nun, diese neuen Rechte auszuüben, damit der Zweck des Gesetzes auch erreicht wird. Dazu ist erforderlich, daß sich die Arbeitgeber wieder regen an den Wahlen zu den Kassengemeinschaften beteiligen, um so mehr, als diese Wahlen ausschlaggebend sind für die Besetzung der neuen Versicherungsbehörden mit Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten. Die Anziehung derjenigen Ortskrankenkassen, die nicht unter sozialdemokratischem Einflusse stehen, in einen Verband zusammenzufassen, verdient besonderer Erwägung und Vertiefung. Alle politischen Bezirke- und Ortsverbände, welche auf nationalem Boden stehen, sollten sich bei den bevorstehenden Wahlen zu den Krankenkassen und Versicherungsbehörden rechtzeitig verständigen und ein einheitliches Vorgehen herbeiführen, um so der Herrschaft der Sozialdemokratie in den gesellschaftlichen Krankenkassen, welche die Sozialdemokratie allgemein und außerordentlich gestärkt hat, ein Ende zu bereiten.“

Wit der Aufforderung an die auf „nationalem“ Boden stehenden Bezirke- und Ortsverbände, eine umfassende Agitation für die Wahlen zu den Ortskrankenkassen zu entfalten, wird der Kampf von den Feinden der Arbeiterklasse zu einem politischen Kampf gestempelt. Nicht die frei-organisierten Arbeiter haben den politischen Kampf in die Krankenkassen hineingetragen, sondern die unter dem Patronat amtlicher Stellen stehenden Feinde der Arbeiterklasse haben das Signal dazu gegeben. Offen und brutal wird eingeschanden, daß es sich um die Rechtsmachung sozialdemokratischer Arbeiter handelt, und zwar nur deshalb, weil sie Sozialdemokraten sind. Die Wahlen zu den Ortskrankenkassen werden damit politische Kämpfe von hoher Tragweite. Die Klassenbewußte Arbeiterklasse wird auch in diesem Kampf mit ungleichen Waffen ihren Kampf zu stellen wissen.

Die Ausgabe der Versicherungskarten der Angestelltenversicherung.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt ist bereits daran gegangen, die unteren Verwaltungsbehörden, Landratsämter, Stadtmagistrate usw. über ihre nach dem Gesetz nun beginnende Mitwirkung genau zu unterrichten. In ausführlich erläuterten Schreiben stellt es ihnen für die nächste Zeit zur Verteilung an die von den Bundesregierungen zu bestimmenden Ausgabestellen (Ortspolizeibehörden u. a.) die erforderlichen Mengen Aufnahmearten und Versicherungskarten in Aussicht. Jeder im Bezirke der Ausgabestelle wohnhafte Angestellte, der nach dem Gesetze versicherungspflichtig ist, hat Anspruch auf ein Formular der Aufnahme- und der Versicherungskarte. Zugleich empfängt er eine Belehrung, die in wenigen knappen Absätzen die richtige Ausfüllung der Vordrucke bezeugt. Zum Gebrauche der Ausgabestellen selbst werden je zwei Exemplare einer kurzen Anleitung mitgeliefert, welche die erste Entscheidung über das Bestehen jenes Anspruches erleichtert.

Die Reichsdruckerei hat es übernommen, die Herstellung der Formulare so zu beschleunigen, daß ihr Versand Mitte Juli beginnen konnte und Anfang August beendet sein soll. Mit den vier erwähnten Drucksachen gehen als fünfte die für die Vertrauensmännerwahlen bestimmten Wahlzettel hinaus. Das Wohlrecht hängt bei Angestellten vom Besitze der Versicherungsarte ab, bei Arbeitgebern von einer Bescheinigung der Gemeindebehörde, über die Zahl ihrer regelmäßig beschäftigten versicherten Angestellten. Das zeigt vollends die Wichtigkeit des glatten Verlaufs der örtlichen Vorarbeiten.

Es ist nämlich bestimmt anzunehmen, daß die Wahlen so bald als möglich, und zwar schon Mitte Oktober, stattfinden sollen. Als Mitte August dürften also die Vordrucke in den Ausgabestellen zu haben sein. Die Aufforderung der unteren Verwaltungsbehörden zur Abholung der Vordrucke mit besonderem Hinweis auf das auszubehende Wohlrecht wird demnach voraussichtlich während der ersten Augusthälfte in den Amtsblättern ergehen.

Als Legitimation vor der Ausgabestelle kann der Steuerzettel dienen, allenfalls auch die Quittungskarte der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, sofern der Angestellte auch dieser unterliegt. Die ausgefüllten Vordrucke sind der Ausgabestelle wieder einzureichen, welche sie daraufhin mit ihren Eintragungen vervollständigt und die Versicherungsart dem Angestellten als nunmehr gültigen Nachweis zurückgibt.

Gewerkschaftliches. Kriegszustand in Ragnit.

Ueber die Vorgänge, welche sich aus Anlaß eines Ristenmacherstreiks in Ragnit abspielten, wird uns von dort geschrieben:

In dem kleinen ostpreussischen Städtchen Ragnit ist es in den letzten Tagen zu ganz ungeheuerlichen Dingen gekommen. Wenn auch formell der Belagerungszustand noch nicht verkündet worden ist, so ist die Situation doch eine derartige, als ob wirklich allein die militärische Gewalt in der Stadt herrschte. An dem Streik sind noch keine hundert Mann beteiligt, und doch sind bereits zwei Kompanien Soldaten in Ragnit, die mit scharfen Patronen versehen sind. Man wird mit Recht fragen, wozu dieser gemaltige Apparat?

In Ragnit hat sich in den letzten Jahren die Industrie angehebelt. Es erfolgte ein Zustrom von Arbeitern, was ein ganz enormes Steigen der Wohnungsmieten zur Folge hatte. Die Mietpreise sind in vielen Fällen verdoppelt worden. Dazu kommt die starke Befestigung der Wohnungen. In einer Wohnung von zwei Zimmern logieren nicht weniger als 18 Konfektionsarbeiter. Wegen der Mietsteigerungen mußten die Arbeiter Lohnforderungen stellen, und dazu kam es auch in der Brüningschen Ristenfabrik. Es wurde ein Stundenlohn von 35 Pf. und eine Erhöhung der Affordröße gefordert. Das letztere lehnte die Firma ab; sie forderte aber, daß der Holzarbeiterverband mit seiner Kasse für sämtliche Schäden haften soll, den die Mitglieder des Verbandes der Firma zufügen. Natürlich wurde das abgelehnt. Der Streik brach aus und die Firma holte zuerst von Posen, dann von Hamburg Streikbrecher. Es gelang die Posen'er abzuschieben. Die Hamburger waren die echten Eingeborenen, die man mit Dolch zu ihrem persönlichen Schutze versehen hatte. In die Fabrik hatte man ein Gendarmekommando verlegt; außerdem wachten die Beamten der Ortspolizei über die Streikbrecher. Die fühlten sich als Herren der Situation und gingen gewalttätig gegen die Streikenden vor. Es kam zu einem Zusammenstoß, bei dem ein Polizeikommissar einen Steinwurf aus dem Lager der Arbeiterwilligen erhielt, worauf ein Gendarm schoß und den Arbeiter Vitrolath tötete. Es wird nun behauptet, dieser wäre der Haupttäter, doch das ist eine Verleumdung. Er gehörte nicht zu den Streikenden, war 22 Jahre alt, noch nicht bestraft, auch nicht als gewalttätig bekannt. Es wird ihm allgemein das Zeugnis eines fleißigen Arbeiters ausgestellt. Augenzeugen versichern, daß er nicht gewalttätig vorgegangen sei; ja, sie bekunden, daß auch die Gendarmen nicht angegriffen wurden.

Die Erschießung dieses braven Arbeiters verursachte eine ungeheure Aufregung, und die Folge davon war, daß eine Anzahl Laternen zertrümmert wurden. Wenn man bedenkt, daß die Arbeiter in Ragnit noch nicht lange unter der gewerkschaftlichen Disziplin stehen, so ist das zumal bei der gewaltigen Empörung verständlich. Jetzt erschien Militär, das auf Veranlassung des Landrats kam, der „auf den Ernst der Situation“ wiederum vom Vertreter der Brüningschen Firma aufmerksam gemacht worden war.

Eine Kompanie aus Tilsit marschierte ein; ihr Hauptmann ist als besonders „schneidiger“ Offizier bekannt. Jeder Soldat erhielt 60 scharfe Patronen. In der bestreikten Fabrik wurden drei Offiziere, sechs Unteroffiziere und 43 Mann untergebracht. Der Hauptmann gab den Befehl: Mit scharfen Patronen laden und dann sichern!

In der Stadt wurden die Ausruhrparagaphen angehängt. Militärpatrouillen zogen durch die Straßen; nach 8 Uhr abends wurden die Straßen „gesäubert“; die Wirtschaften mußten um diese Zeit schließen, auch die Fenster und Türen der Privathäuser mußten geschlossen werden. Spät abends drangen Soldaten, mit dem Gewehrkolben die Türen öffnend, in das Lokal, in dem die Gewerkschaften ihre Versammlungen abhalten. Mit vorgestrecktem Bajonett wurde das ganze Lokal, sogar die Privatwohnung des Wirtes abgejagt. Selbst in das Zimmer eines Mädchens drang ein Soldat und schaute unter's Bett. Man vermutete, daß eine geheime Versammlung abgehalten würde! Auch drangen die Soldaten in die Wohnungen verschiedener Leute, die schon im Bett waren bezugschlafend wollten. In die kleine Stube eines Maurers traten etwa 15 Soldaten (!); die Kinder schrien natürlich laut auf.

Nach diesen Taten zogen die Soldaten unter Abhängung der Nationalhymne ab. Ein Arbeiter, der nach Hause wollte, erhielt mit dem Gewehrkolben einen Schlag an den Kopf.

Am Mittwoch wurde der erschossene Arbeiter Vitrolath beerdigt. Den Arbeitern wurde nicht gestattet, einen geschlossenen Trauerzug durch die Stadt zu veranstalten; rote Schleifen an den Ärmeln, Reden am Grabe wurden verboten. Der Geistliche hatte abgelehnt, am Grabe des Getöteten zu amtierem; auch der Lehrer war nicht zu bewegen gewesen, eine Ansprache zu halten. Von Tilsit kamen einige Genossen zur Beerdigung. Zu ihrem Empfang war der Bahnhof mit Militär besetzt. Der Hauptmann war sogar zu Pferde erschienen. Man hatte geglaubt, es würden Hunderte kommen. Der Kirchhof und die Allee, die zu ihm führt, waren mit vielen Soldaten besetzt, die ihre Seitengewehre aufgespizt hatten!! Es durfte am Grabe auch nicht ein Wort dem Toten gewidmet werden. Man kann sich denken, daß sich der Arbeitererschaft eine furchtbare Aufregung bemächtigte. Insbesondere waren die Frauen empört. Zahlreiche erklärten, sie würden nun nicht mehr zur Kirche gehen. Die Arbeiter hatten es sich natürlich nicht entgehen lassen, durch zahlreiche Kranzpenden zu bekunden, daß sie das Andenken des Erschossenen jederzeit hochhalten werden. Nach der Beerdigung zogen die Soldaten ab. Untertwegs fangen sie „Die Nacht am Rhein“!!

Inzwischen wird gemeldet, daß bereits die zweite Kompanie Soldaten in Ragnit einmarschiert sei. Wenn das so weiter geht, wird bald die ganze Tilsiter Garnison in Ragnit sein. Natürlich wird die keine Stadt die Verpflegungskosten zu bezahlen haben. Da werden die Steuerzahler belastet und die Arbeiter doppelt und dreifach geschädigt. Auch die Gendarmen muß die Stadt unterhalten, und das alles wegen eines kleinen Streiks. Der Firma ist es nur um eine Kraftprobe zu tun; sie will organisierte Arbeiter nicht mehr einstellen, also den Verband vernichten, und dazu sendet der Staat Infanterie mit scharfen Patronen! Es ist ganz klar, daß dieser Vorgang, der bisher in Ostpreußen nicht zu vergleichen war, alarmierend auf die ganze Arbeitererschaft wirken muß.

Welber Reid.

Es ist ein alter Satz: Wenn der Gegner mich lobt, dann habe ich gewiß eine Dummheit gemacht. Daraus folgt: Wenn der Gegner mich tadeln, dann bin ich auf dem rechten Wege. — Wenn nun ein so bödsartiger Feind der modernen Arbeiterbewegung, wie es „Der Bund“, das Organ der gelben Vereine ist, über den Anschluß des Schmiedeverbandes an den Deutschen Metallarbeiterverband hämische Glossen macht, dann muß das auch für diejenigen, die bisher noch anderer Meinung gewesen sein sollten, ein Zeichen dafür sein, daß der Schmiedeverband den rechten Weg einschlug, indem er beschloß, sich mit dem Deutschen Metallarbeiterverband zu verschmelzen.

Kein Wunder, daß die Feinde der modernen Gewerkschaftsbewegung, vor allem die Führer der Gelben, vor Reid bersten konnten, wenn sie sehen, wie die freien Gewerkschaften, allen gegen-

reißenden Bestrebungen zum Trotz, sich immer weiter ausbreiten, an Macht und Einfluß zunehmen, während die von den Unternehmern gehätschelten und begünstigten Gelben für die Arbeiterbewegung überhaupt keine Bedeutung haben.

In einer recht bezeichnenden Seelenverwandtschaft mit Wiesenschaf, die zum Teil mit denselben fadenscheinigen Argumenten, die dieser kürzlich in der „Berliner Volkszeitung“ abgelagert hat, sucht auch „Der Bund“ den Anschluß der Schmiede an den Deutschen Metallarbeiterverband zu verunglimpfen. Anscheinend hofft man im gelben Lager, von den Mitgliedern des Schmiedeverbandes, die gegen die Verschmelzung stimmten, einen Teil für die gelben Vereine gewinnen zu können. So vorsichtig ist der Artikelschreiber im „Bund“ allerdings, daß er dieser Hoffnung nicht Ausdruck gibt, denn er würde sich doch gar zu sehr blamieren, wenn von solcher Hoffnung kein Schimmer in Erfüllung geht. Und sie wird nicht in Erfüllung gehen. Das ist gewiß. Ebensovienig, wie die Erwartungen des Organisationszersplitterers in der „Volkszeitung“ in Erfüllung gehen werden. Nachdem die Abstimmung im Schmiedeverband für die Verschmelzung ausgefallen ist, wird sich die Widerheit, die dagegen stimmte, selbstverständlich dem Wehrheitsbeschluß fügen. So sind wir es von unseren auf demokratischer Grundlage ruhenden Organisationen gewohnt, und so wird es geschehen.

Es ist begreiflich, wenn das Organ der Gelben durch den neuen Zuwachs des Deutschen Metallarbeiterverbandes unangenehm berührt ist und von Reid und Kerger erfüllt, ausruft: „Die große Sippe der Metallarbeiter vom Stamme Rarz und Genossen ist nunmehr so ziemlich unter einer gemeinsamen Fahne vereinigt.“ — Das muß natürlich den Reid jedes echten Gelben erregen, wenn er sieht, wie sich die „Roten“ immer fester zusammenschließen und unbeirrt um die Quertreibereien der gelben Unternehmerschüßlinge ihren Weg gehen, den einzigen Weg, auf dem die Arbeiterinteressen gewahrt werden können.

Deutsches Reich.

Ende des Streiks in der Görlitzer Waggonfabrik.

Die Verhandlungen, die auf Anregung des Gauleiters des Metallarbeiterverbandes stattfanden, haben nun doch noch zu einer Einigung geführt. Es wurden erreicht die wöchentliche Arbeitszeit und Lohnzulagen in Höhe von 2-3/4 Pf. pro Stunde. Außerdem wurden die Affordröße erhöht und bei Affordarbeiten ein Minimallohn garantiert. Eine Verammlung der Streikenden nahm am Freitag mit 689 gegen 42 Stimmen diese Zugeständnisse an. Die Arbeitsaufnahme wird voraussichtlich Dienstag erfolgen. Der Streik ist damit beendet.

Das Ergebnis dieses mit großer Hartnäckigkeit vier Monate hindurch geführten Kampfes ist für die Arbeiter als durchaus befriedigend anzusehen. Trotz Eingebredern und einseitigen Auftritts der Behörden gegen die Streikenden gehen die Arbeiter trotz ihrer Ausdauer und Einigkeit auf diesem Kampfe als Sieger hervor. Der Unternehmer hätte sich diesen langen Kampf, der sicher auch für den Betrieb mit größeren wirtschaftlichen Nachteilen verbunden ist, sehr leicht ersparen können, wenn er gleich zu Anfang des Streiks den Arbeitern diese Zugeständnisse gemacht hätte.

Ein eingetragener Gegner des Koalitionsrechts. Unter dieser Überschrift brachten wir am 24. Juli eine Notiz. Zu derselben sendet uns die Firma Harry Trüller, Welle, Zwiabach, Waffel- und Keksfabriken, folgende Verichtigung:

1. Es ist nicht wahr, daß den in meinem Betrieb neu Eintretenden ein Revers zur Unterschrift vorgelegt wird, in welchem sie irgendeine Verpflichtung bezüglich der Mitgliedschaft des Bäcker- und Konditorienverbandes eingehen.
2. Der Verband der Waffel-, Keks- und Gebäckfabrikanten Deutschlands, dessen Vorsitzender ich bin, ist keine Arbeitgeber-Organisation, sondern ein reiner wirtschaftlicher Verein mit ausdrücklichem Ausschluß jeglicher Arbeitgeber- oder Arbeiterfragen.
3. Wahr ist dagegen, daß von jedem Eintretenden die Unterschrift unter einem Revers verlangt wird, der lediglich die Anerkennung der Arbeitsordnung ausdrückt. Auch in dieser Arbeitsordnung ist kein Verbot der Mitgliedschaft des Bäckerverbandes enthalten.

Das Herr Trüller Vorsitzender eines Fabrikantendachvereins ist, gibt er in seiner Verichtigung zu. Mehr hatten wir hinsichtlich dieses Punktes auch gar nicht behauptet. Was Herr Trüller über die von den Arbeitern zu leistende Unterschrift sagt, können wir im Augenblick nicht nachprüfen. Wir müssen es unserem Gewährsmann überlassen, sich darüber zu äußern.

Ausland.

Londoner Streikbrecher gefindet.

London, 1. August. (Fig. Ber.) Die Geister, die er gerufen, wird der präyige Lord Denonport nun nicht wieder los. Die verweirten Elemente, die während des Londoner Hafenarbeiterstreiks Streikbrecherdienste leisteten, die in den Docks ein faules Leben führten und aus Dankbarkeit für ihre „gesellschaftsverbaltende Tätigkeit“ den doppelten, dreifachen, ja vierfachen Lohn des anständigen Arbeiters bezogen, verspüren keine Lust, ihr fideles Räuberleben aufzugeben. Während des Streiks hatten sie sich mit Revolvern bewaffnet, die sie bei jeder Gelegenheit abknallten, und Polizei und Regierung unternahm nichts, um diese gefährliche Ansammlung der Banditen des ganzen Landes zu entwaffnen. Außer den Revolvern gebrauchten sie auch noch eine andere mörderische Waffe. Sie füllten schwere steinerne Mineralwasserkrüge mit Schlamm, banden sie an einen Strid und gingen, diese Waffe schwingend, auf die streikenden Arbeiter los. Kein Wunder, wenn diese bewaffnete Streikbrechergarde jetzt glaubt, ihre „eroberte Lebensstellung“ verteidigen zu können. Gestern kam es in den Victoria-Docks zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen diesen Elementen und den zur Arbeit zurückkehrenden Transportarbeitern, bei dem 20 Personen verletzt wurden. 800 dieser Roubies stürzten sich auf etwa 150 Arbeiter, wurden aber in die Flucht geschlagen, nachdem die letzteren Verstärkung erhalten hatten. Die kapitalistische Presse stellt es natürlich so hin, als ob die 150 Arbeiter einen wütenden Angriff auf eine fünfmal so starke, schwer bewaffnete Streikbrecherbande unternommen hätten. Das ist natürlich pure Erfindung. In Wirklichkeit waren die Streikbrecher nicht damit zufrieden, die Arbeiter anzugreifen, sie griffen zum Teil sogar die Polizei an und schossen von dem Schiff, wohin sie sich flüchteten, wahllos aus sicherem Versteck in die Menge hinein. Die Polizei ihrerseits ging in ganz lospöcker Weise vor und schien nur von dem einen Gedanken besetzt zu sein: Schutze den „Arbeitswilligen“! In ganz brutaler Weise hieb sie auf die Arbeiter ein. Die Streikleitung, die sich noch nicht aufgelöst hat, hat einen scharfen Protest gegen das Vorgehen der Polizei und die Untätigkeit der Regierung veröffentlicht. Es heißt darin: „Das Streikkomitee protestiert energisch gegen die Gewalttätigkeiten der Streikbrecher und gegen das Vorgehen der Polizei, die es erlaubt, daß diese Schießwaffen tragen. Personen sind ernstlich verstimmt worden und einige unserer Kollegen sind von den Streikbrechern ermordet worden. Wir haben diese Vorfälle gemeldet und finden, daß keinerlei Untersuchung stattgefunden hat. Dieses Komitee fordert den Minister des Innern und die Arbeiterpartei auf, darauf zu achten, daß mit Rücksicht auf die Erbitterung, die diese Zustände bei unseren Leuten hervorrufen, die Streikbrecher entwaffnet werden.“

London, 2. August. (W. T. A.) Der Streikaußschuß der Dackarbeiter erklärt, daß heute etwa 70 Proz. der Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Der Ausschuß wird erst am Mittwoch wieder zusammentreten und an diesem Tage formell aufgelöst werden.

Bauarbeiterstreik in Bosnien.

Der Bauarbeiterverband erhielt aus Sarajewo (Bosnien) die telegraphische Nachricht, daß dort ein Streik der Maurer und Zimmerer ausgebrochen ist.

Da Streikbrecheragenten in Deutschland arbeitswillige Bauarbeiter nach Bosnien suchen werden, so sei besonders darauf hingewiesen.

Aus Industrie und Handel.

Eine neue Gesellschaft für drahtlose Telegraphie.

Mit einem Grundkapital von 1 800 000 Mark ist die Aktien-Gesellschaft Deutsche Südbsee-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie ins Leben gerufen worden. Ihr Zweck ist, die deutschen Südbsee-Kolonien funktentelegraphisch miteinander und mit der Kabelstation der Deutsch-Niederländischen Telegraphen-Gesellschaft in Yap (Saroline) zu verbinden und dadurch an das Welttelegraphennetz anzuschließen. An der Gründung der neuen Gesellschaft sind die A.-G.-S., Siemens und Halske sowie die Dresdener Bank und der Schaaffhausensche Bankverein beteiligt.

Die Tätigkeit der Gesellschaft beruht auf einer zwanzigjährigen Betriebskonzession des Reichspostamts, das sachgemäß bei der Gesellschaft durch einen Staatskommissar vertreten wird. Vorläufig werden vier Großstationen errichtet: Yap, Rabaul (Neu-Guinea), Apia (Samoa) und Rauru (Marshall-Inseln). Die Ausführung der Anlagen ist vertragsmäßig der Telefunken-Gesellschaft übertragen. Durch die Deutsche Südbsee-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie wird zum ersten Male in Deutschland das Zusammengehen der Kabeltelegraphie mit dem drahtlosen Nachrichtenendienst belundet.

Konkurs Kurt Berndt.

Den zahlreichen Konkursen auf dem Berliner Baumarkt hat sich ein neuer zugereicht. Schon vor einiger Zeit berichteten wir, daß die Kaufirma Kurt Berndt in Zahlungsschwierigkeiten geraten sei. Die Gläubiger versuchten den Konkurs dadurch aufzuhalten, daß die Firma in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden sollte, deren Anteilsscheine ihnen dann zugefallen wären. Die Mittel zur Sanierung waren indessen nicht zu beschaffen. Die Forderungen gegen die Firma belaufen sich auf 5 Millionen Mark. Der Schaaffhausensche Bankverein ist an ihnen mit 3 Millionen Mark beteiligt. Er ist aber gedeckt durch eine Anzahl von Häusern in guten Stadt-gegenden.

Die Untersuchung gegen den Stahlruß.

Washington, 2. August. Dem Repräsentantenhaus ist heute der Bericht der demokratischen Majorität des mit der Untersuchung des Stahlrußs betrauten Ausschusses unterbreitet worden. Der Bericht erhebt allgemeine Anklagen gegen die United States Steel Corporation, legt ihr Heberkapitalisierung und ungegesetzliche politische Tätigkeit zur Last, und klagt die Großaktionäre an, einen „mächtigen und schädlichen Einfluß auf das Geschäftsleben der Vereinigten Staaten ausgeübt zu haben.“ Der Bericht tritt nicht für eine Kontrolle der Korporationen durch die Bundesregierung ein, empfiehlt aber gesetzliche Maßregeln, die der geschädigten Partei das Recht geben, einen Prozeß anzustrengen, um Kombinationen und die Beschränkung des Handels zu verhindern, die ferner der angeklagten Korporation die Beweislast dafür auferlegen, daß sie den Handel nicht beschränkt, und schließlich gegen den Zusammenschluß von industriellen und Eisenbahngesellschaften Vororge treffen, damit Handel, Produktion und Transport durchaus getrennt und geschieden sein.

Die republikanische Minderheit des Ausschusses hat gleichfalls einen Bericht vorgelegt, der für gesetzliche Maßnahmen zur Regelung der Verhältnisse der großen industriellen Konzerne und für die Schaffung einer zwischenstaatlichen Industrie-Kommission eintritt, die die Verhältnisse haben soll, die Preise zu regulieren und in angemessener Höhe festzusetzen. Der Bericht verlangt ferner, daß Korporationen mit über 50 Millionen Dollars Kapital, wenn sie am zwischenstaatlichen Handel beteiligt sind, nur unter einem Freibrief der Vereinigten Staaten operieren dürfen.

Ein spanisches Kohlenhydritat.

Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, ist in Spanien ein Kohlenhydritat im Entstehen begriffen. Unter dem Namen „Nationale Kohlenproduzentenvereinigung“ wird ein Verkaufsbureau in Madrid errichtet. Erhöhung der Produktionsfähigkeit, Verdrängung der ausländischen Konkurrenz, Ausschaltung des Zwischenhandels, „um ungerechtfertigte oder willkürliche Preisveränderungen der Brennstoffe, sowie die Spekulation in diesen Artikeln und die Konkurrenz zwischen einigen Hauptproduzenten auszuscheiden, werden seine Ziele sein. Der erste Vertrag soll vom 1. Januar auf 5 Jahre lauten.

Spanien selbst produziert nur etwa 4 Millionen Tonnen jährlich und ist auf ausländische Einfuhr angewiesen. Der Anteil Deutschlands an dem Import ist nur gering. Er betrug im Jahre 1911 rund 800 000 Tonnen.

Letzte Nachrichten.

Volkskundgebung gegen den italienisch-türkischen Krieg.

Mailand, 2. August. (W. T.) In einer Volksversammlung in Brescia sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Treves gegen den Krieg. Nach Schluß der Versammlung machten etwa 6000 Demonstranten einen Umzug, wobei es zu mehrfachen Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Die Kämpfe in Tibet.

Simsa, 2. August. (Weldung des Reuterschen Bureau.) Der Kampf bei Lhasa dauert fort. Die Chinesen haben einen Angriff auf das Kloster Trochi zurückgeschlagen und sich beträchtliche Lebensmittelvorräte beschafft. Sehr ermutigt sind sie durch die Nachrichten, daß die Ankunft einer aus der Provinz Szechuan aufgedrungenen Entschigungsarmee im Anfang September in Lhasa zu erwarten ist.

Vom französischen Seemannsstreik.

Le Havre, 2. August. (W. T. A.) In einer heute abend abgehaltenen Versammlung der eingeschriebenen Seeleute haben die Ausständigen beschlossen, morgen früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Ein Revolverheld.

Saarbrücken, 2. August. (W. T.) Im benachbarten lothringischen Orte Groß-Wittersdorf gab der Sattler Schmarz im Verlauf eines Wortwechsels auf seine beiden Kollegen, den verheirateten Nikolai und den unberechtigten Gishofen, fünf Revolverkugeln ab. Nikolai wurde von drei Schüssen in die Brust getroffen und war auf der Stelle tot. Gishofen wurde lebensgefährlich verletzt. Der Täter konnte verhaftet werden.

Gerüstesturz.

Brüssel, 2. August. (W. T.) Wie aus Stavelot berichtet wird, ist in dem in Bau begriffenen Tunnel der neuen deutsch-belgischen Grenzbahnlinie Stavelot-Nalmedy ein Gerüst eingestürzt, auf dem sich mehrere Arbeiter befanden. Der Zusammenbruch ist auf die Entgleisung einer Lokomotive zurückzuführen, die mit dem Pfosten des Gerüsts kollidierte. Vier Arbeiter haben lebensgefährliche Verletzungen davongetragen.

Furchtbare Einsturzkatastrophe bei Nürnberg.

11 Arbeiter tot, 39 verletzt oder vermisst!

Am Freitag früh ist bei dem im Bau befindlichen Großkraftwerk Franken bei Nürnberg das Eisengerüst der Maschinenhalle eingestürzt, wodurch auch ein Teil der Maschinenhalle zum Einsturz gebracht wurde.

Bis zum Nachmittag wurden 10 Leichen geborgen, 35 Verletzten sind den Krankenhäusern zugeführt worden, während noch eine weitere Anzahl von Arbeitern vermisst wird.

Die Ursache der Katastrophe

wird auf die zu schwere Belastung der eingestürzten Eisenbetonteile zurückgeführt. Am Donnerstag fand eine Belastungsprobe des aus Eisenbeton bestehenden Gerüsts statt, das die eisernen Konstruktionsteile des Daches tragen sollte.

Ob diese Erklärung ausreichend ist, wird die sachmännische Untersuchung festzustellen haben. Uns will es scheinen, als ob der Gewichtsunterschied durch Nachwerden der Sandfäcke keineswegs als ein so bedeutender anzusehen wäre, daß ein ordnungsgemäß ausgeführtes Gerüst dadurch hätte zur Einführung gebracht werden dürfen!

Der Einsturz erfolgte ganz plötzlich.

Bis zum Freitagmorgen war an dem Gerüst nichts Gefährliches wahrzunehmen, bis um 7 1/2 Uhr unter einem gewaltigen Krachen die Eisenbetonteile barsten und zusammenstürzten. Die verunglückten Arbeiter wurden unter einem wüsten Haufen von Steinen, Sandfäcken und Eisenbetontrümmern begraben.

Die Aufräumungsarbeiten

wurden vom 8. Feldartillerieregiment, drei Kompanien des 14. Infanterieregiments und vom 6. Feldartillerieregiment in Fürth vorgenommen. Der ganze Gebäudekomplex ist durch Kavallerie abgesperrt. Die Sanitätswachen von Nürnberg und Fürth sowie die Sanitätskolonnen der verschiedenen Regimenter sind mit Werkzeugen zur Stelle und damit beschäftigt, die aus den Trümmern herangezogenen Verwundeten zu verbinden. Eine Gerichtskommission hat sich an Ort und Stelle eingefunden.

Nach den letzten Feststellungen

des städtischen Nachrichtenamts beträgt die Zahl der bei dem Unglück auf dem Großkraftwerk Franken Getöteten elf, die der Verletzten 35; vermisst werden noch vier Arbeiter. Zuletzt wurden noch zwei Arbeiter unterleibt aus den Trümmern geborgen. Ein weiterer Arbeiter liegt noch unter den Trümmern und hat heraufgerufen, daß er unterleibt sei. Das Nachrichtenamt weist darauf hin, daß die Maschinenhalle selbst nicht eingestürzt, vielmehr ein in derselben aufgestelltes Gerüst zusammengebrochen ist.

Kleines feuilleton.

Europäische Scheidungen. Die Scheidungslust ist in den einzelnen europäischen Staaten eine sehr verschiedene. Im allgemeinen kann man sagen, daß in den industriell höher entwickelten Ländern mehr geschieden wird, als in den landwirtschaftlich zurückgebliebenen. Auch hat natürlich die Konfession der Bevölkerung einen gewissen Einfluß, da bekanntlich die katholische Religion die Scheidung nicht kennt, sondern nur die Trennung von Tisch und Bett.

Table with 4 columns: Staat, Jahresmittel, auf 10000 Ehen, auf 1000 Eheschließungen. Rows include Österreich, Ungarn, Frankreich, Deutschland, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Norwegen, Schweden, Rußland.

Im allgemeinen ist die Scheidungslust im rapiden Ansteigen begriffen. Deutschland, das in der Periode 1900/04 erst 9152 Scheidungen im Jahr hatte, zählte deren im Jahre 1909: 15 000. Die relativ meisten Scheidungen, nämlich 35,6 auf 100 000 Ehen zeigte Brandenburg; doch drückt sich hierin der Einfluß Berlins aus.

Sprechen ohne Kehlkopf. Im Stuttgarter ärztlichen Verein stellte Prof. Steinthal einen Patienten vor, dem wegen Krebs der Kehlkopf entfernt worden war und der auch ohne Kehlkopf und auch ohne künstlichen Kehlkopf sich verständlich machen konnte. Die meisten derartigen Patienten finden zunächst eine Sprache, die man als Flüster- oder Pfeifensprache bezeichnet. In Anlehnung an ihre frühere Sprechweise versuchen sie durch mehr oder weniger energische Artikulation an den verschiedenen Lautstellen des Mundes Laute hervorzubringen; namentlich gilt das von den sog. Geräuschklaute, die von dem Vorhandensein eines Kehlkopfes unabhängig sind. Bei der Flüster-

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Parteigenossen in Frankfurt a. M. nahmen am Dienstag in einer gut besuchten Versammlung zur Reorganisation des Parteistatus Stellung. Genosse Dr. Quard referierte. Einleitend kam er auf die Eisenacher Konferenz zu sprechen, deren Haltung er scharf kritisierte. Solche Vorgänge seien zu beklagen und zu verurteilen, sie führten direkt zum Cliquenwesen. Die Verteidigung Ledebours in der „Neuen Zeit“ wäre recht unglücklich gewesen. Auch das Verhalten des „Vorwärts“ in dieser Frage habe recht eigentümlich berührt. Das Ganze wäre eine direkte Umgehung der Parteiorganisation. Der Vergleich mit den süddeutschen Konferenzen sei nicht angebracht, weil dort nur über süddeutsche Landtagsfragen geredet wurde und alle Interessenten ohne Ausnahme eingeladen waren. — Einer Beschränkung der Reichstagsfraktion kann Quard nicht zustimmen. Die 110 Abgeordneten seien ein Beweis unseres mächtigen Fortschritts; man sollte sie also auf den Parteitag nicht in der Zahl beschränken, sondern mit ihnen demonstrieren. Bei unseren rücksichtlosen Verfassungsverhältnissen hätten wir alle Ursache, das, was wir erobert haben, im glänzendsten Lichte erscheinen zu lassen. Davon, die übrigen Delegierten zu überstimmen, würde die Abgeordneten wohl immer der politische Takt abhalten. Wollte man sich aber durchaus sichern, so sei der beste Ausweg, daß man der Fraktion nur beratende Stimme gebe. — Einen Parteiaussschuß von 32 Genossen hält Quard für zu schwerfällig und umständlich. Es komme darauf an, die beweglichste und aktivste Einrichtung zu schaffen, und die schaffe der Entwurf nicht. Die Verbindung durch Vierteljahressitzungen sei viel zu lose. Besser wäre ein kleiner Ausschuß, der dann ständig, mindestens monatlich einmal, mit dem Parteivorstand zusammenarbeiten. Aus allen Bezirken der Tätigkeit, der in der Provinz maßgebend ist und der dann auch im Parteivorstand für die Vorgänge im Bezirk die Verantwortung übernimmt. Dann könnten Dinge, wie die Differenzen über die Budgetabstimmung, nicht mehr vorkommen, weil dann der Parteivorstand ständig auf dem laufenden wäre. Eine Masse Jüdischthum würde beseitigt und Erfahrungsschatz zusammengetragen. Mit 9 bis 10, höchstens 12 Genossen hätte man die größte Beweglichkeit und politische Verantwortlichkeit, und man könnte die Wahl auf dem Parteitag vollziehen schon aus rein demokratischem Gefühl heraus, dem Parteitag die größten Rechte einzuräumen. Kleinliche Eifersüchteleien wären dann ausgeschlossen. Wer nicht bekannt genug ist, um auf den Parteitag gewählt zu werden, der sei eben nicht jener Mann, den wir gebrauchen können. Quard unterbreitete folgende Anträge:

1. In § 7, Ziffer 2 zu fügen: die Reichstagsfraktion mit beratender Stimme.

2. Statt §§ 20—22 zu fügen: Der Parteiaussschuß besteht aus 10 Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Je eines dieser Mitglieder muß in Ostpreußen oder Schlesien, dem Hanfsaßbän, in Rheinland-Westfalen, in den mitteldeutschen Kleinstaaten, im Königreich Sachsen, in Hessen oder Hessen-Rassau, in den Reichsländern und in Bayern, Württemberg und Baden politisch tätig sein.

Der Parteiaussschuß entscheidet gemeinsam mit dem Parteivorstand in regelmäßigen monatlichen Sitzungen über alle die Partei berührenden wichtigeren Angelegenheiten namentlich auf dem Gebiete der Politik.

Eine außerordentliche Sitzung des Parteiaussschusses mit dem Parteivorstand muß stattfinden, wenn mindestens die Hälfte der Parteiaussschussmitglieder dies beantragt.

3. Die Wahlordnung am Schlusse des Statutenentwurfs ist zu streichen.

In der Debatte kamen die verschiedensten Meinungen über die Frage des Parteiaussschusses zum Ausdruck. Die Mehrzahl der Redner trat für die Schaffung eines Parteiaussschusses ein. Doch gingen bei ihnen die Ansichten über die Stärke dieses Ausschusses auseinander; einzelne traten für den vorgeschlagenen 32er-Ausschuß ein, während die anderen Redner Quard beistimmten. Mehrere Genossen wandten sich überhaupt gegen die Einsetzung eines Parteiaussschusses. Genosse Reichstagsabgeordneter Hüttmann trat für eine Erweiterung des Parteivorstandes im Sinne der Vorschläge Ledebours ein. — Bei der Abstimmung fanden die Anträge von Quard Annahme.

Die Parteileitung von Elberfeld-Barmen erstattete in der am Mittwoch stattgefundenen Generalversammlung den Jahresbericht für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr. Die bemerkenswertesten Ereignisse waren natürlich die Zurückeroberung des im Jahre 1907 verlorenen Reichstagsmandats und die siegreichen Stadt-

berordnetenwahlen im November vorigen Jahres, welche uns in Elberfeld 6 und in Barmen 5 neue Stadtverordnete der dritten Wählerklasse brachten. Gegenwärtig haben die Buppertaler Parteigenossen in Elberfeld 10 und in Barmen 9 Vertreter in der Kommune. Im übernächsten Jahre wird in beiden Städten noch das letzte Drittel geholt. Der Reichstagswahlkampf in Haupt- und Stichwahl verursachte eine Ausgabe von 32 462,36 M., dem allerdings eine Einnahme durch Sammlungen usw. von 22 815,36 M. gegenübersteht. Die übrigen 10 000 M., wovon 5000 M. dem Kassenbestand und weitere 5000 M. durch Mitgliederbeiträge aufgebracht wurden, sind jetzt, ein halbes Jahr nach dem Kampfe, vollständig gedeckt, so daß der Jahresabschluß mit 66 233,36 M. Einnahme und 64 971,32 M. Ausgabe, noch mit einem Ueberschuß von 1262,04 M. abschließt. Die Stadtverordnetenwahlen in beiden Städten, die 4253 M. Kosten verursachten, sind gleichfalls vollständig gedeckt worden. Während des Reichstagswahlkampfes sind nur 1 1/2 Millionen Flugblätter verteilt worden. Die Zahl der organisierten Genossen beträgt in beiden Städten 6501, davon 5636 männliche und 865 weibliche. Zur besseren Bewerthung der Agitation ist eine neue Bezirkseinteilung durchgeführt worden. Während Elberfeld bisher in 14 und Barmen in 12 Bezirke eingeteilt war, zählt Elberfeld jetzt 21 und Barmen 20 Parteibeiräte. Cessantische Versammlungen wurden 60 abgehalten. Die Wahl zum Parteitag in Chemnitz wurde schon vorher durch Urwahl erledigt. Als Delegierte wurden gewählt die Genossen Drecher und Hoffmann und die Genossin Großbeder.

Der sozialdemokratische Verein in Bremen berichtet in dem soeben erschienenen Jahresbericht über einen erfreulichen Mitgliederzuwachs. Während im Vorjahre 11 835 Mitglieder zu verzeichnen waren, ist die Zahl in diesem Jahre auf 13 857 gestiegen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg im Berichtsjahre von 1909 auf 2353. Der Kassenbericht verzeichnet eine Gesamteinnahme von 76 985,02 M., eine Gesamtausgabe von 65 722,44 M., somit ein Saldo von 11 262,58 M. Die Arbeiterzentralbibliothek verfügt jetzt über 9030 Bände, das ist im Vergleich zum Vorjahre ein Zuwachs von 2188 Bänden. Der Abonnentenstand der „Bremer Bürgerzeitung“ stieg von 19 263 auf 22 012. Der Umsatz der Buchhandlung der „Bremer Bürgerzeitung“ steigerte sich von 43 248 M. auf 47 681 M. An Parteiliteratur wurde für 19 000 M. umgekehrt. Das ist ein Mehr von 4500 M.

Der Jahresbericht des Agitationsbezirks Thüringen II, der soeben im Druck vorliegt, zeugt von einer sehr regen Tätigkeit der Parteigenossen. Die mündliche Agitation bestand in der Erledigung von 1153 Versammlungen. Davon waren 477 Volksversammlungen, 52 Frauen- und 627 Mitgliederversammlungen. Die jährliche Agitation war nicht minder reichhaltig. Flugblätter wurden verbreitet — mit Einschluß der Reichstagswahl — 772 000. Broschüren mit Einschluß des Agitationskalenders für Weimar III 35 000 Exemplare. Weiter ist aus dem Bericht zu ersehen, daß bei der letzten Reichstagswahl die beiden Wahlkreise Reuß jüngere und ältere Linie in der Hauptwahl erobert wurden, in der Stichwahl Weimar III, so daß der ganze Agitationsbezirk im Reichstage „rot“ vertreten ist. Im ganzen Agitationsbezirk sitzen in den Gemeindeparlamenten 219 sozialdemokratische Gemeinderäte. In den Landtagen 8 sozialdemokratische Landtagsabgeordnete. — Die Zahl der in den sozialdemokratischen Wahlvereinen organisierten Mitglieder beträgt 11 400. Davon sind 1590 weibliche Mitglieder. Die Zunahme im ganzen Bezirk beträgt 153 weibliche und 1492 männliche Mitglieder, zusammen 1645. — Die „Arbeiter-Jugend“ wird in einer Auflage von 1062 Nummern verbreitet. Die Parteipresse hatte am Schlusse des I. Quartals 1912 eine Höhe von 23 000 Abonnenten erreicht. Die Einnahmen des Bezirkssekretariats beliefen sich auf 3335,64 M. Die Ausgaben auf 2470,56 M., so daß ein Kassenvortrag von 865,08 M. am Jahresschlusse verbleibt. Vom Sekretär selbst wurden abgehalten 164 Versammlungen und Konferenzen, außerdem sind 1406 Postausgänge zu verzeichnen. Die Frauenbewegung macht langsame aber stetige Fortschritte, die noch bedeutend besser sein könnten, wenn die Frauen selbst in verschiedenen Orten „Hand ans Beck“ legen wollten. Die im Fürstentum Reuß a. L. stattgefundenen Landtagswahlen brachten trotz des rücksichtigen indirekten Wahlrechts 2 schöne Siege. Im 4. ländlichen Bezirk siegte Genosse Fischer-Weitz mit 38 gegen 4 gegnerische Wahlmänner. Im 5. ländlichen Bezirk siegte Genosse Herzog-Hohenölsen mit 21 gegen 12 gegnerische Wahlmänner. Alles in allem genommen können wir mit den Erfolgen zufrieden sein.

Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück. In dem Bericht über die Kreisgeneralversammlung („Vorwärts“ Nr. 177, 1. Beilage)

geführten Londoner Zahlen lassen mit Sicherheit vermuten, daß an dieser unheimlichen Steigerung der Londoner Straßenverkehr den Hauptteil der Schuld trägt.

Notizen.

Ein Besuch amerikanischer Arbeiterfänger in Deutschland steht für den nächstjährigen Sommer in Aussicht. Die Sozialistische Liedertafel in New York, einer der größten proletarischen Sängerbände Amerikas, plant eine Deutschlandfahrt, zu der schon jetzt die Vorbereitungen getroffen werden. Es ist folgendes Programm vorgesehen: Abfahrt am 15. Juli 1913 in New York, 27. Juli Ankunft in Hamburg, 29. Juli in Berlin, 7. August in Dresden, 9. August in Leipzig, 11. August in Nürnberg, 14. August in München; am 17. August werden Ulm und Stuttgart, am 18. Heidelberg und Mannheim, am 20. Frankfurt a. M., am 22. Hannover besucht, am 24. treffen die Gäste wieder in Hamburg ein, von wo aus die Rückfahrt erfolgt. Die deutschen Arbeiterfänger rüsten sich, um ihre Gäste würdig zu empfangen.

Studentische Arbeiter-Unterrichtskurse. Am 3. und 4. August 1912 wird in Jena die XII. Konferenz des Verbandes der Akademischen Arbeiterunterrichtskurse Deutschlands stattfinden. Der Verband erstreckt sich über ganz Deutschland; 20 Organisationen sind ihm angeschlossen. Er bezweckt den Zusammenschluß aller akademischen Kreise, die sich die Aufgabe gestellt haben, unter Ausschluß der Behandlung von Fragen über Politik, Konfession und Weltanschauung Elementarunterricht an die erwerbstätige Bevölkerung zu erteilen. Im Wintersemester 1911/12 wurden in 474 Kursen nahezu 7000 Arbeiter unterrichtet. Unter den 789 Lehrenden waren 53 Studentinnen, 18 ältere Akademiker und 12 Kandidaten.

Amundsen in Berlin. Die Gesellschaft für Erdkunde hat den Südpolenbeder Roald Amundsen eingeladen, am 9. Oktober in Berlin einen Vortrag zu halten. Als Ort für diesen Vortrag ist die Aula der Berliner Universität in Aussicht genommen.

Der Kunsthistoriker Karl Justi, der sich in seinem großen Werke über Windelmann, Lessing und Michelangelo als ein ebenso gründlicher wie gediegener Forscher und eminenten Darsteller erwies, beging in Bonn seinen 80. Geburtstag. Die Stadt Bonn ernannte ihn zum Ehrenbürger.

Das Los eines Gelehrten. Der französische Unterrichtsminister hat dem in materieller Not befindlichen neunzigjährigen Gelehrten Henry Fabre eine Pension von zweitausend Frank bewilligt, die Fabre angenommen hat. Der große Gelehrte hatte alle ihm in letzter Zeit von Verehrern übermittelten freiwilligen Gaben abgelehnt und viele der eingegangenen Geldspenden zurückgeschickt.

Alle Zuschriften an die Feuilleton-Redaktion bitten wir an diese zu richten, da unser Feuilleton-Redakteur A. G. Döcher in Urlaub geht.

sprache blieb der Patient aber nicht stehen, er gewann vielmehr eine laute, auf Entfernungen deutliche Sprache wieder. Daß er es fertig bringt, mit sonorer Stimme zu sprechen, erklärt sich nur so, daß an irgend einer Stelle unterhalb des Kehlkopfes faltige Gebilde entstanden sind, die ähnlich wie die Stimmbänder von einem weiter abwärts gelegenen Hohlraum hier in Schwingungen versetzt werden. Der Patient bietet ein Beispiel dafür, wie unser Organismus imstande ist, so scheinbar unersetzliche Defekte in wunderbarer Weise auszugleichen.

Die Ursache des Stotterns. Beim Stottern spielt das Mißverhältnis zwischen Sprachverständnis und Sprachvermögen eine große Rolle. Die Anstrengungen, mit der die Schwierigkeiten der mechanischen Sprache hier überwunden werden, kann zu kramphastischen Zuständen führen, aus denen sich das Stottern entwickelt. Das Stottern ist eine nervöse Störung im Sprechmechanismus. Seine Entziehung hat, wie im „Arzt als Erzähler“ ausgeführt wird, entweder eine ungewöhnliche Reizbarkeit oder eine gewisse Widerstandslosigkeit des Organismus zur Voraussetzung. Da aber eine solche Veranlagung heutzutage etwas sehr häufiges ist, mag es auch wohl sein, daß das Stottern im allgemeinen eher zunimmt. Jedenfalls ist das Stottern direkt erblich. Es kommt in manchen Familien häufig vor und vererbt sich als Anlage, ohne daß die Kinder es unmittelbar von den Eltern lernen. Auch Kinder, die gar nicht von ihren stotternden Eltern erzogen werden, stottern doch. Geringe geistige Fähigkeiten sind entgegen der allgemeinen Ansicht nur in seltenen Fällen die Ursache von Stottern. Veranlassende Momente für das Stottern sind eine Reihe von akuten Krankheiten des Kindesalters (Scharlach, Masern, Diphtherie), die die Kinder sehr herunterbringen und zu nervösen Störungen disponieren. Nicht zu vergessen sind die Erkrankungen der Nase und des Nasenrachenraumes. Ihre direkte Folgen, oberflächliche und unaußgehende Mundatmung, disponieren ganz sicher zum Stottern. Daneben kommt die falsche Erziehung zur Angstlichkeit, wiederholte Schreckeffekte, Nervenzüge usw. Das Stottern ist keine Krankheit für sich, sondern nur das Symptom einer solchen.

Vom Schlachtfelde der Großstadt. Die „Globe“ berichtet, sind im Jahre 1911 in den Londoner Straßen nicht weniger als 410 Personen getötet und 14 254 verwundet worden. Den Löwenanteil an dieser Menschenschlächterei hat der Automobilverkehr, dem von 410 getöteten Personen 288 (im Jahre 1909 waren es nur 161) zum Opfer fielen. Von diesen 288 Todesfällen gehen 133 Fälle auf den Autobus- und Tramwagenverkehr, während 155 Personen durch andere Automobile aller Art getötet wurden.

Daß es vor allem die großstädtischen, insbesondere die Londoner Verhältnisse sind, die solche enormen Verluste an Menschenleben verursachen, geht zur Evidenz daraus hervor, daß in demselben Jahre in ganz England 873 Personen durch den Automobilverkehr ihr Leben eingebüßt haben. 1910 waren es nur 672, und die oben an-

muß es in der Resolution zum Deutschen Parteitag in der vorletzten Zeile heißen: Anstellung einer Sekretärin (im Parteivorstand, anstelle der jetzigen Vertrauensperson), statt „Anstellung eines Sekretärs“. Dieser Ausdruck könnte irrtümlich auf die tatsächlich abgetretene Anstellung eines Parteisekretärs bezogen werden, wofür wir den Fehler zu berichtigen bitten.

Die Parteibewegung in Württemberg hat im letzten Jahre sehr erhebliche Fortschritte gemacht. Bis jetzt liegen nur die Berichte für Stuttgart, für den 2. und 3. Kreisverein vom letzten Geschäftsjahr vor. Danach ist allein in diesen drei Organisationen die Mitgliederzahl in dem einen Jahre um circa 4850 Mitglieder gestiegen. Stuttgart zählt jetzt 9150 Mitglieder, was einen Zuwachs von 2300 gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Seit dem 1. Mai 1910 hat der Stuttgarter Verein einen befähigten Sekretär, unter dessen Tätigkeit die Mitgliederzahl von 5100 auf 9150 anwuchs, darunter 712 weibliche. Der 2. Wahlkreis (Göppingen-Ludwigsburg) zählt einschließlich einiger nach dem Geschäftsabschluss gegründeter Mitgliedschaften rund 7000 Mitglieder, darunter 480 weibliche. Im Jahre 1908 stand die Mitgliederzahl noch auf 3000. Im letzten Jahre betrug der Zuwachs circa 1800 Mitglieder. Dieser Erfolg ist um so höher zu schätzen, als dem Verein, der 52 Mitgliedschaften umfaßt (bei im ganzen 110 Ortsgruppen des Wahlkreises), über keine befähigte Kraft verfügt. Die ganzen Verwaltungs- und Organisationsarbeiten werden von einem in der Fabrik tätigen Parteigenossen bewältigt. Auch der 3. Kreis (Heilbronn) hat es ohne befähigte Kraft im letzten Jahre von 2470 auf 3200 Mitglieder, darunter 448 weibliche, gebracht, gegen 1400 im Jahre 1908. In diesem Wahlkreise ist eine überraschend hohe Leserschaft unserer Woche erreicht worden. Das „Redar-Echo“ hat jetzt rund 9000 Abonnenten bei 12 430 sozialdemokratischen Stimmen. Im zweiten Wahlkreise, der kein eigenes Wahlkreisblatt hat, wird die „Schwäbische Tagwacht“ in circa 7000 Exemplaren gelesen bei 20 600 Wählerstimmen, in Stuttgart (ohne die zum zweiten Wahlkreise zählenden Vororte) hat die „Schwäbische Tagwacht“ 9500 Abonnenten bei 24 620 Stimmen. Der Kassenumsatz betrug in Stuttgart 52 013 M., im zweiten Kreise 20 120 M., im dritten 14 577 M. Die Reichstagswahl lieferte im dritten Kreise 8870 M., im zweiten 4246 M. (ohne Stichwahl). Vom ersten Wahlkreise sind die Wahlkosten noch nicht bekannt. Der Stuttgarter Verein hat 2190 M. dazu beigetragen. Das Vermögen beträgt im dritten Wahlkreise 1748 M., im zweiten 4038 M., in Stuttgart 1785 M.

Redakteure. Am Mittwochnachmittag hat Genosse Datz von der Breslauer „Volkswacht“ auf 3 Monate das dortige Zentralgefängnis beziehen müssen. In einem Artikel der „Volkswacht“ war die Beschlagnahme der roten Franzosen bei Verhandlungen von Sozialdemokraten und die damit verbundene Störung der Leichenbegängnisse durch die Polizei den Tatsachen entsprechend kritisiert worden. Trotzdem fühlte sich die Breslauer Polizei dadurch schwer beleidigt. Die Breslauer erste Strafkammer war selbstverständlich derselben Meinung und erkannte auf die oben angegebene Strafe.

Durch den Generalstreik hat unser Parteiblatt in Zürich, das „Volkrecht“, 2400 neue Abonnenten gewonnen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der abgeleitete Staatsanwalt.
Um die Schuldenlastigkeit herum erschien in unserem Reichs Parteiblatt ein Artikel mit der Überschrift: Den Schuldenlastigen zum Gruß! Während der von einem größeren Teil der Parteipresse abgedruckte Artikel überall unbestritten blieb, ließ die Raumburger Staatsanwaltschaft aus demselben eine ganze Reihe strafbarer Handlungen heraus und erhob gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Strömski Anklage. Die großangelegte Staatsaktion endete jetzt mit einem glatten Reinspiel des überreiferen Anklägers, denn die Staatsanwaltschaft wies seinen Antrag zurück und packte die Kosten der Staatskasse auf. In der Begründung des Beschlusses heißt es: Das Gericht habe in dem Artikel eine gegen die Person der Lehrer oder Lehrerschaft gerichtete Beleidigung nicht finden können. Der Artikel richte sich vielmehr gegen die Einrichtung der Schule, wie sie zurzeit besteht, nicht gegen die Lehrer. Auch gegen § 131

(Berächtlichmachung von Staatsanwaltschaften) verstoße der Artikel schon deshalb nicht, da in ihm keine Tatsachen ermittelt werden, sondern eine scharfe Kritik an der Organisation der Schule geübt wird. — Der Bescheid bedeutet nicht nur einen wachsenden Reinspiel der Staatsanwaltschaft, er schließt auch gleichzeitig eine Verurteilung des preussischen Volksschulsystems in sich. Ob das der Staatsanwalt gemollt hat?

Aus der Frauenbewegung.

Der Schutz der unehelichen Kinder in der Schweiz ist mit Inkrafttreten des neuen Zivilgesetzbuches am 1. Januar 1912 so gut geregelt wie nirgends sonst. Nach dem neuen Gesetz kann der Vater nicht nur zur Unterhaltungsspflicht bis zum 18. Jahre gezwungen werden, es kann auch, wenn der Mann der Mutter die Ehe versprochen hat, die Anerkennung des Kindes durchgesetzt werden. Das heißt, der Vater muß dies Kind als sein Kind anerkennen. Das Kind erhält den Namen des Vaters und muß nach dem Stand des Vaters erzogen werden. Ist der Vater reich, so muß er das Kind in denselben Verhältnissen aufziehen, in denen er lebt. Das Kind bekommt auch an die Verwandten des Vaters dieselben Ansprüche, wie die ehelichen Kinder, auch in erbrechtlicher Beziehung. Das gilt allerdings nur, wenn der Mann ledig ist, ist er verheiratet, so hat er nur materiell für das Kind zu sorgen.
(Aus der „Frauenbewegung.“)

Bewegung gegen die Reglementierung der Prostitution in Schweden.

Die Stadtverordnetenversammlung von Stockholm hat beschlossen, an die Regierung das Ersuchen zu richten, den Polizeimeister von der ihm jetzt obliegenden Pflicht, für die erforderliche Aufsicht über niederliche Frauenzimmer und für ihre Befähigung durch hierzu angestellte Ärzte zu sorgen, zu befreien. Ursprünglich lautete der Antrag dahin, die zu diesem Zweck im Budget der Stadt aufgeführte Summe von rund 80 000 Kronen einfach zu streichen. Nachdem jedoch der Oberstadthalter auf eine königliche Verordnung aus dem Jahre 1899 aufmerksam gemacht hatte, durch die die Pflicht des Polizeimeisters zur Überwachung der Prostitution festgelegt ist, hielt es die Mehrheit für zweckmäßiger, sich mit dem erwähnten Ersuchen an die Regierung zu wenden. Uebrigens macht sich seit einigen Jahren in ganz Schweden eine immer stärker werdende Bewegung gegen die reglementierte Prostitution geltend, so daß die Zeit nicht mehr fern zu sein scheint, wo Schweden dem Beispiele Norwegens und Dänemarks folgt und allgemein mit dem eingewurzeltten Systeme bricht.

Gerichts-Zeitung.

Ein „Diebstahl“.

Der Radfahrer Sch. Hagie gestern vor dem Gewerbegericht gegen die Graphische Anstalt Dr. Selke u. Co., Postenstraße 55 auf Zahlung von 38 M. Lohn wegen Nichterhaltung der vierzehntägigen Rüdigungsfrist. Der Kläger war vier Monate bei der Beklagten tätig gewesen und hatte keinen Zweifel an seiner Gehaltsleistung aufkommen lassen. Am 19. Juli fand eine Angestellte, die Buchhalterin Mary Wöhe, in dem Koffer des Klägers, den dieser zum Transport der Waren benutzte, ein halbes Duzend Bindfäden und ein Stück Watte. Sie beschuldigte daraufhin den Kläger, diese Gegenstände dem Geschäft entwendet zu haben. Da der junge Mann über diese Beschuldigung sprachlos war und nichts erwiderte, entließ ihn die Buchhalterin sofort wegen Diebstahls. Vor dem Gerichte erklärte der Kläger, daß die Bindfäden und die Watte in solchen Fällen vom Strafschmutz zu säubern und die Pakete wieder verschüttern zu können, habe er dann den Bindfäden und die Watte ständig mitgenommen. Der Vertreter der Beklagten gab im Termin auch zu, daß der Wert der in Frage kommenden Gegenstände sich auf höchstens eine Mark belaufe. Es kam dann

nach zur Sprache, daß dem Kläger, als er sieben Wochen in dem Geschäft tätig gewesen, sein eigenes Rad gestohlen worden war. Um sich ein neues zu kaufen, hatte er sich 30 M. von der Beklagten geliehen, und dieses Geld auch bis zum letzten Heller zurückgezahlt. Das Gericht konnte nach dieser Sachlage keinen Entlassungsgrund anerkennen. Der Vorwurf der Entwendung sei ungerechtfertigt da dem Kläger Glauben zu schenken sei, daß er die Sachen im Interesse des Geschäftes verwendet habe. Die Beklagte wurde daher gemäß dem Klageantrage verurteilt.

Aus einer kleinen Stadt.

In einer Stadtverordnetenversammlung zu Pulkowo wurde in geheimer Sitzung über einen Punkt verhandelt, der die dortigen Lehrerverhältnisse betraf. Der Rektor Schenkel äußerte hierüber und kritisierte, da er sich angegriffen fühlte, das Verhalten einiger Stadtverordneter in einer Bürgervereinsversammlung. Er nannte sie „Feiglinge und Lügner“, sowie „als ihres Amtes unfähig und unwürdig“. In der Sitzung der Stadtverordneter vom 18. Mai 1911 antworteten nun die Stadtväter auf diesen Angriff. Der Stadtverordnetenvorsteher, Rentier Birz, erklärte, „der Rektor sei ein ganz unedler Charakter, der sinnlos betrunken im Rinnstein gelegen habe und jünger, seiner Obhut unterstellte Lehrer zum Saufen verführt habe“. Der Stadtverordnete Dr. Freiberg betonte, daß unter dem heute herrschenden System ein Lehrer nach dem anderen erkläre, jede Arbeitsfreudigkeit verloren zu haben. So könne es nicht weiter gehen, die Mißstände müßten schleunigst beseitigt werden. Der Stadtverordnete Baumgärtnermeister Schedde betonte, daß man dem Lehrer unmöglich ferner die Kinder anvertrauen dürfe, daß gegen denselben einmütig vorgegangen werden müsse. Dieser Sitzung wohnte auch der Lehrer Otto Stolz, der mit dem Rektor Schenkel auf gespannter Fuße lebt, als Zuhörer bei und machte sich auch hierüber Notizen. Die Notizen übergab er dem Redakteur der liberalen „Stolper Neueste Nachrichten“, dem früheren Lehrer Starck-Sechof, der öfters mit der Regierung in Fehde gelegen hatte. Dieser veröffentlichte in der Nummer 134 vom 10. Juni 1911 die Notizen. Darob ergrimmte nun der Rektor und er lief zum Kadi. Er erzielte auch die Verurteilung der betreffenden Stadtverordneten.

Vor dem Schöffengericht in Stolz hatten sich jetzt wegen des Zeitungsartikels der frühere Verleger der „Stolper Neueste Nachrichten“, Weidlich in Rauenburg, der Redakteur Starck, jetzt liberaler Parteiangehöriger in Königsberg, und der Lehrer Otto Stolz zu verantworten. Die Verhandlung ergab die Richtigkeit des Artikels, ja noch vielmehr als in dem Artikel gesagt war. Weidlich und Starck wurden freigesprochen, dagegen wurde Otto zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Fledderer.

Ein nächtliches Abenteuer im Tiergarten, welches der Bog- lehrer Radtke zu bestehen gehabt hatte, lag einer Anklage wegen verübten Diebstahls und gefährlicher Körperverletzung zugrunde, welche gestern die 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts I beschloß. Aus der Untersuchungshaft wurden zwei Gelegenheitsarbeiter, Otto Dietrich und Paul Aulich, vorgeführt. Am Abend des 11. Juni d. J. hatte der Vorlehrer Albert Radtke einen Spaziergang durch den Tiergarten unternommen. Als er sich, etwas ermüdet, auf eine Bank niederließ, übermannte ihn der Schlaf und bald ruhte er sanft in Morpheus Armen. Er wurde erst wieder wach, als er eine Hand in seiner Hosentasche fühlte, die gerade dabei war, sein Portemonnaie herauszuziehen. Als er dann völlig munter war, bemerkte er zwei Männer, die lang ausgestreckt unter der Bank lagen. Ehe er von seinen Bog- künsten Gebrauch machen konnte, hatte ihn einer der Männer einen furchtbaren Fußtritt gegen den Unterleib verfehlt, der zur Folge hatte, daß R. von Schmerzen gepeinigt zusammenbrach, während die beiden Diebe die Flucht ergriffen. Auf seine Hilferufe nahmen zwei Schulleute die Verfolgung der Flüchtigen auf, die dann in der Nähe des Reichstagsgebäudes von Asphaltarbeitern gestellt wurden. Die Festgenommenen waren die beiden jetzigen Angeklagten Dietrich und Aulich. Letzterer ist schon mehrfach wegen „Fleddern“ bestraft worden. — Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf je 9 Monate Gefängnis.

14 Tage Selbstkostenpreis!

Von Sonnabend, den 3. bis Freitag, den 16. August veranstalten wir einen großen Räumungs-Ausverkauf.

In dieser Zeit werden **sämtliche Waren ohne Ausnahme zum Selbstkostenpreis abgegeben.**

Es erübrigt sich auf die endlosen Vorteile dieses Ausverkaufs besonders hinzuweisen.

Jedes Etikett zeigt den Selbstkostenpreis deutlich an.



Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Nur: Neue Schönhauser Str. 1

Ecke Weinmeister- und Münzstraße



Deutscher Bauarbeiter - Verband.
Zweigverein Berlin.

Achtung! Töplerträger!
Sonntag, den 4. August er., vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Kluge, Saugestr. 53.
Tagesordnung wird in der Versammlung besannungemacht. Es ist Pflicht jedes Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Der Gruppenvorstand.

Die
General-Versammlung
des Zweigvereins findet Sonntag, den 8. September d. J., vormittags 9 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftsbaues statt.
Wir ersuchen die Bezirke, in ihren Augustversammlungen hierzu Stellung nehmen zu wollen.
Der Zweigvereinsvorstand.

Kranken- und Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin
Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 115.
Sonntag, den 11. August, vormittags 9 Uhr, in den neuen „Rathauskeller“, Weininger Straße 8, Kummel: 294/3*

General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Halbjährlicher Kassenbericht. 2. Beschlußfassung über Auflösung resp. Verschmelzung mit einer anderen Kasse. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Die Versammlung wird pünktl. eröffnet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Der Vorstand. J. K.: G. Jannicko.

Zöpfe.
Wirklich reelle Ware. Größte Auswahl zu den allerbilligsten Preisen.
Otto P. Kafka, Neukölln, Erkstr. 3.
Zöpfe- und Perückenfabrik.

Von der Reise zurück
Dr. Swarsensky, Kinderarzt
118/7 Wrangelstr. 49.
Die orthopädischen Turnkurse beginnen am 1. September.

5000 Mauersteine
genaus erhalten die nächsten 25 Käufer bei Erwerb einer
Wald-Landparzelle
in der nur einige Stationen hinter Groß-Waldsee, landschaftlich sehr schön gelegen

Kolonie Thyrow,
direkt am Bahndorf, nur 44 Minuten Fahrt ab Bahndorf, zur Anlage von Obstdörfern.
C. W. von N. - W. aufwärts.
• Nur 10% Anzahlung •
• Vergünstigste Kapitalanlage, da große Zukunft.

Wohnort:
Restaurant „Thyrower Hof“, direkt am Bahndorf. Vertreter Sonntags anwesend.

Allgemeine Bau- und Anleihegesellschaft
C. Winkler m. b. H.,
Berlin C 25, Dorotheenstr. 20.
Hauptk. Königsplatz 22/24.
Büro ab Bahndorf: Bahn- hof: vorm. 9-11, 1-2, nachm. 12-1, 4-6, 8-10

Waldorf-Astoria Cigarettes

Hockey 3 Pf.
Clío 5 Pf.

Frack-Verleih - Institut
S. Berg Nachf. Borchardt.
Friedrichstr. 115/1, am Oranienb. Tor.
Tel.: Nord 7402. 37142*

Gutgehende Gastwirtschaft
mit Garten und Tanzsaal, Nähe Berlin, Kreisstadt, gewerkschaftliches Verbandslokal, ist unter günstigen Verhältnissen sofort zu verpachten. Näheres durch H. Schöne, Reichenstraße a. D., Neuer Berg 25.

Möbel
Kluge, Wilmersdorferstr. 19.

kaufen Sie gegen bar am billigsten nur bei

Technikum - Bauschule
Reg.-Baumeister Werner
Neanderstraße 3.

Möbel Kluge, Wilmersdorferstr. 19.

kaufen Sie gegen bar am billigsten nur bei

Technikum - Bauschule
Reg.-Baumeister Werner
Neanderstraße 3.

Todes-Anzeigen

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Maurer **August Baer** verstorben ist.

Frida Baer nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. August, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein Neukölln.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer **August Baer** verstorben ist.

Prins Handbergstr. 37 (30. Bezirk) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen, Sonntag, 4. August, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer **August Baer** (Bez. Neukölln) am 1. August verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. August, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Friedrich Schultz** am 30. Juli im Alter von 43 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rathst. - Kirchhofes in Schöneberg, Prieserweg aus statt.

65/17 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Ordnungsverwaltung Berlin I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Gustav Brötzmann** verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. August, nachmittags 3 Uhr, auf dem Neuköllner Friedhof, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Deutschen Drehtler E. H. 88

Verwaltungsstelle Berlin O.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied und langjähriger Kassierer **August Bräuer** am 1. Aug. plötzlich verstorben ist.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Beerdigung findet am Montag, den 5. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

27075 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn **Paul** am Sonntag erkrankt ist.

Dies zeigt tiefbetrübt an **Familie Holzenleiter.**

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jacobi-Kirchhofes, Hermannstraße aus statt.

Dankfagung.

Für die reichen Kränzchen und rege Beteiligung bei der Beerdigung meiner ungeliebten Frau sage ich allen Verwandten, Freunden, Bekannten und ganz besonders meinen verehrten Vätern meinen herzlichsten Dank.

August Bieleit.

Männer-Gesangverein „Freundschaft“, Neukölln.

Allen Sangesbrüdern zur Nachricht, daß der Sohn unseres Vorstehenden, **Otto Hanisch** (Kasowstr. 51, an den Folgen eines Unfalles plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. August, nachmittags 3 Uhr, auf dem alten Neuköllner Friedhof, Mariendorfer Weg, aus statt.

Die Sangesbrüder treffen sich um 12 Uhr im Vereinslokal.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Am 31. Juli verstarb unser früherer langjähriger Geschäftsführer, Herr **Emil Richter** im Alter von 59 Jahren.

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhof in Döberitz, Dorfstraße statt.

Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm **Das Personal der Buchdruckerei G. Bernstein.**

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und Kränzchen bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers **Max Teltow** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, dem Rundharmonikaverein „Waldestraßen“ und den Kollegen der Firma Gasse u. Frede sowie der Firma A. Dörig unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gänse-Ausschlachtereie

von **Gebrüder Schüler, Schliemannstr. 8.**

offeriert Oederbrücker Gänse sowie sämtl. Gänseartikel zu Marktpreisen.

Eröffnung heute Sonnabend.

Saison-Ausverkauf

Schuhwarenhaus Kottbuserdamm 12a eine Treppe

Parteilgenosse M. Stein gibt Lefern dieser Zeitung 5 Prozent in bar!

Bis 50 Proz. Preisermäßigung

auf einen großen Vorken zurückgesetzter Schuhwaren.

Herrenstiefel von 4.90, Damenstiefel von 4.50 an.

Kinderstiefel in allen Größen auffallend billig.

Monats-Garderobe!

Die besten Sommer-Paletots und 4-500 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kanariener getragene, fast neue Sachen (a. Selde), für jede Figur passend, in größter Auswahl, unübertroffen 114/15* **billigen Preisen.**

1 Tr., deshalb billiger mein Laden.

Hirsch Kiefernbaum, Wassertor-straße 12/13 I

Otto Piehl Berlin N.

Nur Brunnenstrasse 120

Möbel

Kompl. Einrichtungen von 230 M. an

Mod. Wohn- oder Schlafzimmer . . . 235-800 M.

Speise- oder Herrenzimmer 320-900 M.

Moderne Küchen 48-180 M.

Moderne Garnituren 110-350 M.

Sofas 52-480 M. — Vertikos 38-72 M.

Ankleideschränke von 95-165 M.

Kleiderschränke von 38-72 M.

Beste Qualität. Sehr solide Preise.

Otto Piehl

Hochkulant Zahlungsbedingungen

Sommerpreise.

Gegr. 1893. **A. B. KOCH** Gegr. 1893.

Kohlen- und Brikett-Großhandlung

Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.

Telephon: Ami Königstadt, 3040 und 3096.

Lagerplatz 1: O. 34, Rüdersdorfer Str. 71 (Küstner Platz, alt. Ostb.).

Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)

Preis für 1a Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

Vulkan-Salon-Briketts	0.90 M.	Krone Halbsteine	0.85 M.
Krone-Salon-	0.95 M.	Ilse, Kaiser u. Akw. Halbst.	0.90 M.
Ilse, Kaiser u. Akw.	1.00 M.	Anthracit Caldé	2.30 M.

Ein Zentner (enth. 110-120 Stück) **Holz** verkleinert **1.90 M.**

Bei Frankolieferung je nach Quantum per Ztr. 5-15 Pf. mehr.

Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.

Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.

Sonntags wieder von 8-10 Uhr geöffnet.

Raucht Kressin Cigaretten

203 Pf.

Westmann

Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemer Str.)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Bis zu 50% ermässigt die neuesten Schöpfungen

der kommenden Herbst-Saison,
Plüschkonfektion □ Pelzmäntel □ Stolen

Kostüme welche nicht kopiert werden.

Bis zu 70% ermässigt die noch vorhandene Frühjahrs- u. Sommerkonfektion

Seidenmäntel, kurz u. lang. 12.- bis 50.-, sonst bis 200.-
Schwarze Mäntel 12.- bis 60.-, sonst bis 170.-
Ulster 6.- bis 25.-, sonst bis 66.-
Kostüme, engl. gemustert . . 12.- bis 35.-, sonst bis 105.-

Es ist nicht möglich, das ganze Lager zu schildern.

Ueberzeugen Sie sich!

Sonntag geöffnet 9-10 vormittag.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen

Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger Anzüge

und **Sommerpaletots, Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen und Arbeiter-Berufskleidung.**

Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiterradfahrerbundes.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung

liefern **elegante Herren-Moden** fertig und nach Mass. Garantie für tadellose Sitz und feinste Verarbeitung.

Kein Waren-Kredithaus!

S. Boltuch Mass-Schneiderei nur Frankfurter Allee 75, Eingang Tilsiter Strasse. Kein Laden! Kein Laden!

10 Mark Monatszahlung oder 25.- 29. vierteljährlich liefern elegante Herrengarderobe nach Maß unter Garantie für tadellose Sitz.

Goldstein Seit 1892: Nord-Str. 51. Maßschneiderei - gr. Stofflager.

Feine Würst- u. Fleischwaren Spezialität: Landhäufchen.

Oskar Klähn, Kottbuser Damm 3.

Ostf. Landhäufchen	1.20
H. Rollhäufchen	1.35
Delikatesshäufchen	1.30
Landhäufchen	1.65
Schinkenpied	1.15
Landpied, fett u. mager	0.85
Wieselschinken	0.65
Fleischwurst	0.65
Pommersche Landfleischwurst	0.95
Fleischwurst	0.95
H. Raibfleischwurst	1.05
Holsteiner Schinkenwurst	1.35
Salami	1.35
H. Leinwurst	1.20

Bei Abnahme von 5 Pfd. Würstwaren 5 Pf. pro Pfund Preisermäßigung.

Vom Obstgarten zum Eigenhaus

Feiertagsbau u. eigener Garten in 10 Tagen unter Leitung von Berlin, nur 26 Min. wie die

Gartenstadt Hoppegarten bedeutet für jede Familie einen unermeßlichen Wert. Ka.-H. von 15 M. aufwärts.

Elektrisches Licht, gaslos, in allen Straßen. Viele majestätische Anlagen bereits erbaut.

Neueste Hoppegarten, Eisen- u. Holz, auch Sonntag ansehnlich.

In der **Gartenstadt Hoffgredvier** am Bahnhof Stolpe sind 30 Straßen gepflastert und 30 Häuser erbaut. Sie ist die einzige Gartenstadt, welche am Berliner Hoffgredvier liegt. Jeder kann sich an den fünf Ringern ablesen, daß sie ohne Frage durch das Hoffgredvier und durch die vornehmen Anlagen vom benachbarten Wohnort eine ungetrübte Zukunft erreicht, wie es ihre romant. Lage unbedingt mit sich bringen muß. Ka.-H. von 15 M. an. Neuester Bau am Bahnhof Stolpe (Nordbahn) im Ganzen.

Birkenwerder Landparzellen, Ca. 2. 25 Hektar, für jeden am besten für Ca. 2. 600 Mark. Neuester Bau (nur Sonntag) Restaurant Britso, direkt am Bahnhof Birkenwerder. Nach wie vor fordern wir **10 pCt. Anzahlung** und stunden die **Restkaufgelder bis 1922.**

Wir haben nahezu 10,000 Wägen, viele Landhäuser, Sommer- und Ferienhäuser zu kulantesten Bedingungen errichtet, 12 Kolonien gegründet, die sich in ihrem Wachstum und dauernder Bodenverfruchtbarkeit befinden. Fordern Sie Pläne und das Antragsformular bei den Herren:

„Feiertagshäuser“ unter Angabe der Kolonie.

Allgemeine Bau- und Ansiedelungs-Gesellschaft G. Winkler m. b. H., Berlin C 25, Orlystr. 23, Fernspr. Königstadt 2524.

Alleinverkauf für Berlin.

Puma-Stiefel

für Damen und Herren,
in neuesten Formen, auch
mit Doppelsehlen

10⁵⁰ M.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse Gr. Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen. Soweit Vorrat.

Zitronen ... Dutzend 30, 40, 50 Pf.

pudding Pulver in verschiedenem Geschmack 28 Pf. 5 Pack

* Butter und Käse

Tafelbutter 1/2 Pfund-Paket **65 Pf.**
 Romatour Käse Stück **29 Pf.**
 Tilsiter Käse Pfund **65, 80 Pf.**
 Limburger Käse Pfund **55 Pf.**
 Brikkäse Pfund **55 Pf.**
 Kuh- od. Landkäse 2 Stück **35 Pf.**
 Bratenschmalz Pfund **68 Pf.**

* Räucherwaren

Aale Pfund **1.20**
 Aale Bund **40 Pf.**
 Flundern 2 Stück **15 Pf.**
 Lachsheringe 2 Stück **15 Pf.**
 Rollmöpse 6 Stück **18 Pf.**
 Neue saure Gurken .. Stück **5 Pf.**
 Neuer Sauerkohl Pfund **10 Pf.**
 Neue Matjes-Heringe Stück **10, 15 Pf.**
 Neue Voll-Heringe Stück **5 Pf.**

Kaffee Pfund 1.30, 1.40

Kakao Pfund 68, 95 Pf.

Haushaltsschokolade .. Pfund 68 Pf.

* Wurstwaren

Cervelat- od. Salamiwurst Pfund **1.35**
 Schinken- oder Plockwurst Pfund **1.35**
 Thüringer Knoblauchwurst Pfund **1.35**
 Teewurst Pfund **1.10**
 ff. Leberwurst Pfund **98 Pf.**
 Mettwurst (nach Braunschweiger Art) Pfund **98 Pf.**
 Landleberwurst Pfund **85 Pf.**
 Zwiebel- od. Rotwurst Pfund **50 Pf.**
 Schinkenspeck Pfund **1.15**
 Nusschinken Pfund **1.30**

* Geflügel

Junge Gänse Pfund **63, 75 Pf.**
 Junge Hühner Stück **75, 95 Pf.**
 Suppenhühner Stück **1.75, 2.25**
 Enten Stück **1.75, 2.50**
 Kassler Pfund **95 Pf.**
 Apfeliwein 3 Flaschen **95 Pf.**
 Johannisbeerwein 1 Flasche **58 Pf.**

* **Aepfel** Pfund **15 Pf.**

* **Pflirsiche** Pfund **28, 35 Pf.**

* **Birnen** Pfund **12 Pf.**

* **Pflaumen** Pfund **28 Pf.**

* **Johannisbeeren** Pfund **23 Pf.**

* **Blaubeeren** Pfund **25 Pf.**

* **Bananen** Pfund **28 Pf.**

Kartoffeln 10 Pfund **45 Pf.**

* **Tomaten** Pfund **12 Pf.**

* **Rot-, Weiss-, Wirsingkohl** Kopf **5 Pf.**

* **Bohnen grün** Pfund **8 Pf.**

* **Mohrrüben** Pfund **5 Pf.**

* **Einlege-Gurken** Mandel **35 Pf.**

* **Salat-Gurken** Stück **4, 7, 10 Pf.**

Himbeer- o. Kirschsafft 1/2 Flasche **50** 1/4 Flasche **95 Pf.**

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

ca. **25.000 Meter Hemdentuch** für Leib- oder Bett- wäsche Meter **36 Pf.**

Verkaufsstelle für Abonnementsmarken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft



Inventur-Verkauf

beginnt Sonnabend, 3. August

bis **60%** Ermäßigung



Zentrale
und
Versand:
Andreasstr. 58-59

Wir bezwecken damit die vollständige Räumung der im Laufe des Jahres angesammelten Sortiments-Reste. Ohne Rücksicht auf den früheren Wert sind sämtliche Waren, teils unsortiert, im Preise herabgesetzt und werden, soweit der Vorrat reicht, zum Verkauf gestellt.

Verkaufsstellen:
 Andreasstraße 58-59
Charlottenburg:
 Joachimsthaler Straße 6
 Wilmersdorfer Straße 57
Moabit:
 Turmstraße 57
Lichtenberg:
 Frankfurter Chaussee 4
Berlin:
 Königaberger Straße 8

Segler-Schuhe
Turn-Schuhe

Unglaubliche Preiswürdigkeit

Einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:

Herren - Halbschuhe

in schwarz und braun, neue, moderne, kurze, amerikanische Formen
 Früher 10.50 bis 12.50, 12.50
 Jetzt **5.90 6.90 7.50 8.90** usw. usw.

Herren-Schnür- und Knopf-Stiefel

in braun und schwarz, auch aus feinem Lackleder in neuen breiten und schlanken Formen
 Früher bis 10.50 12.50 15.50
 Jetzt **5.90 6.90 7.95 8.50** usw. usw.

Kinder-Stiefel

in braun und schwarz
 18-20 21-22 23-24 25-26 27-30 31-35
95 Pf. 1.25 1.95 2.50 3.90 4.25

Ein Posten ca. 2000 Paar Damen-Schuhe

feinste Wiener sowie beste inländische Fabrikate mit und ohne Stickerei, in Lackleder, Samt usw. usw. Wert bis 21.00, jetzt **95 Pf., 1.50, 2.25, 3.95, 4.50, 5.50, 7.50**

Braune Rindleder-Normal-Sandalen

18-24 25-26 27-30 31-35 36-42 43-47
1.95 2.25 2.50 2.90 3.25 3.75

Man überzeuge sich durch Beschäftigung ohne Kaufzwang von der **außergewöhnlich vorteilhaften Kaufgelegenheit**

Eine selten günstige Gelegenheit!
 Niemand sollte sie versäumen! Während unseres Inventur-Ausverkaufs kommen **nur** in unserem **Zentralgeschäft Andreasstraße 58-59** zum Verkauf alle in unseren Filialen des Westens wegen Fehlens diverser Nummern zurückgesetzter schickster Neuheiten der letzten Mode **zu außergewöhnlich billigen Preisen.**

Damen-Halbschuhe

in braun und schwarz, auch in Lack, zum Knöpfen und Schnüren
 Früher 7.50 8.50 10.50
 Jetzt **3.90 4.50 5.95 6.95** usw. usw.

Damen-Knopf- und Schnür-Stiefel

in schwarz und braun, allen modernen Formen.
 Früher 7.50 8.50 10.50
 Jetzt **3.95 4.95 5.95 6.95** usw. usw.

Leinen-Schuhe und Pumps

zum Schnüren und zum Knöpfen, beige, weiß, grau
1.95, 2.75, 3.25 usw. usw.

Tennis-Schuhe für Damen u. Herren
 weiß und grau, jetzt **2.50 und 2.90** usw. usw.

Jugendbewegung.

Preußen in Süddeutschland voran!

In der Hauptstadt Baden, in Karlsruhe, befindet sich die Polizei genau so wie in den beruflichen Gewerben auf dem Kriegspfade gegen die proletarische Jugendbewegung.

Da auch aus Bayern schon Meldungen über Verfolgungen der proletarischen Jugend gekommen sind, handelt es sich offenbar um ein zwischen den Regierungen in Nord und Süd vereinbartes Vorgehen.

Aus aller Welt.

Jugendpreise für Proletarier.

Man schreibt uns aus Brüssel:

Sofort gibt es in dieser Welt nicht alles „Preis!“ Für Athleten, Schwimmer und Fußballspieler, für schöne Hunde und Pferde, für Konservatorien, Schriftsteller und Maler, für Schachspieler und Aeronaute, für Schönheit und — Jugend.

Großvater und Mutter geforgt, sie unterhalten und gepflegt, nie einen Centime für sich herausgibt, keine Jugendfreude genossen, nur der Arbeit und der Pflicht gelebt.

Drei Schülerinnen beim Baden ertrunken.

Am Donnerstag hat sich in Calais ein schreckliches Badeunglück zugetragen, bei dem drei blühende Menschenleben den Tod fanden.

Der New Yorker Polizeiskandal.

Einer Meldung der „Daily Mail“ aus New York zufolge bilden die Enthaltungen über die von den Polizeioffizieren an den Spielfaßbesitzern verübten Erpressungen gegenwärtig das Tagesgespräch der Metropole am Hudson.

empfangen zu haben und die Ermordung Rosenthal angeordnet zu haben.

Verschiedene große New Yorker Blätter haben die Spielfaßbesitzer interviewt und von ihnen erfahren, daß die Polizeioffiziere in dem letzten Jahre weit über fünf Millionen Mark „Judengelder“ von ihnen erhalten hätten.

Kleine Notizen.

Fünfzehn Jahre Gefängnis für einen 16jährigen. Die Breslauer 2. Strafkammer als Jugendgericht hat gestern den 16jährigen Dienerrichter Erich Keuner wegen Mordes, Brandstiftung, Diebstahl und Unterschlagung zu der höchsten zulässigen Strafe von 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Witterungsumschwung. Das Wetter hat in England eine starke Wendung zu herbstlicher Kühle genommen.

Straßenunfallstatistik in Paris. „Matin“ beweist in einer interessanten Statistik, daß die Straßenunfälle in Paris sich in der letzten Zeit rapide gesteigert haben.

Neue Erdstöße in Algier. In Oran sind im Laufe des 1. August wiederum zwei heftige Erdstöße verspürt worden, die von unterirdischem Getöse begleitet waren.

Marktbericht von Berlin am 1. August 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00.



Die früheren Verkaufspreise sind auf jedem Paar noch deutlich ersichtlich, so daß sich ein jeder von den enormen Preisvorteilen selbst überzeugen kann!

Kein Kaufzwang! Keine Auswahlendungen! Kein Versand! Kein Umtausch!

Ermäßigungen bis zu 70%

Großer Saison-Ausverkauf

Der Verkauf findet in nachstehenden Geschäften statt! Man achte genau auf Straßennamen und Hausnummern!

- Jerusalemmer Str. 35, Potsdamer Straße 2, Tauentzienstr. 19a, Königstraße 25-26, Rosenthaler Str. 5, Oranien-Straße 161, Gr. Frankfurt. St. 123, Chaussee-Str. 114, Neukölln, Bergst. 25, Schöneberg, Hauptst. 146, Charlottenburg: Wilmersdorf, Str. 45

Einige Beispiele unserer großen Billigkeit:

Table with 3 columns: Extra billig! (Herrschuhe, Hausschuhe, Kinder-Stiefel), Halbschuhe, and Extra billig! (Damen-Stiefel, Touren-Stiefel). Includes prices and descriptions.

Vornehme Herren-Bekleidung
fertig und nach Maß
 erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
 auf Wunsch Wochenrate.

von **1 Mark** an

Rosenthaler Straße 36
 I. Etage.
 Frankfurter Allee 104
 Ecke Friedenstraße.
 Reinickendorfer Str. 4
 Weddingplatz.

Greift zu!
 Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Montagardrobe in feinsten Werkstoff. Berlins gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jacke-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M. **Ullster, sehr billig.**
 Große Abteilung neuer Garderobe.
Moldauer Gr. Frankfurter Str. 98
 (Nähe Strausburger Pl.)
 Bitte genau auf No. 98 zu achten!
 Sonntags 8-10 Uhr geöffnet.

Theater.
 Sonnabend, 8. August 1912.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Oper. Die drei Berliner.
 Anfang 8 Uhr.

Urania. In den Dolomiten.
 Königgrüzer Straße. Die fünf Henschler.

Aufwartender. Der Tanganwalt.
 Neues. Der liebe Augustin.
 Berliner. Große Hofmänn.
 Schiller-Charlottenburg. Das Konzert.

Thalia. Antiochens.
 Dieroyol. Schwindelmeier u. Co.
 Apollo. Spezialitäten.
 Waffage. Spezialitäten.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Leitung. Vergnügungsbere.
 Neues Schauspielhaus. Schwester Schäfer. Der verkaufte Galb.
 Ein wenig Mistl.
 Lustspielhaus. Ein Königreich u. d. d.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
 Die feuchte Salomne.
 Rose. Die Jüdin von Toledo.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Kleines. Der Innerste. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der goldenen Krone.
 Königgrüzer-Kasino. Spezialitäten.
 Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Utschmitt: Hoone.
 Sternwarte, Invalidenth. 87-82.

Schiller-Theater
 Charlottenburg.
Das Konzert.
 Lustspiel in 3 Akten von Herrn. Bohr.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
Das Konzert.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Große Hofmänn.
 Theater in der Königgrüzer Straße
 Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
 Operette von Leo Fall.

ROLAND
 Schuhwarenvertriebsgesellschaft m. b. H.
 gegenüber dem Rathaus **Königstrasse 53-54** gegenüber dem Rathaus.
 Unser Geschäftsbüro

Inventur-Ausverkauf
 danert nur noch kurze Zeit.
Wir gewähren bis 50% Preisermässigung.
 Daher liegt es im Interesse eines Jeden, unseren Inventur-Ausverkauf sehr schnell zu besuchen, bevor die besten Sachen vergriffen sind.
 Ausgestellt zum Selbstauswählen

1 Riesen-Posten Damen-, Herren- u. Kinderstiefel, auch Damen-Halbbohle, auch weg jedes Paar 3 95
 Diese Waren sind im Schaufenster nicht ausgestellt.

1 Riesen-Posten braune u. schwarze Herren-Stiefel früher bis 12.50	7 85	1 Riesen-Posten braune u. schwarze Damen-Stiefel früher bis 12.50	7 85
--	-------------	---	-------------

Diese Gelegenheit bietet sich jedes Jahr nur einmal.

ELJEN

JOSETTI
 5 Pfg. Cigarette

Wählen Sie als tägliches Getränk
 an Stelle von Kaffee und Tee

Dr. Michaelis' Eichel-Kakao
 mit Zucker u. präpariertem Mehl

mit Milch gekocht, wenn Sie den in den heißen Sommermonaten so häufig auftretenden Darmstörungen vorbeugen wollen. Vorrätig in allen einschlägigen Geschäften. In Büchsen zu M. 0,50, 1,30 und 2,50. Fabrikanten: Gebrüder Stollwerck A.-G., Köln. Man achte auf den Namen Dr. Michaelis und weise Nachahmungen zurück.

Nährhaft! Wohlschmeckend!

Planscher
 Der beste Bade-Schuh

Im Wasser zu tragen

Schützt d. Fuß vor Verletzungen. Frei bei allen Schwimmarten.

Zu haben in Waren- u. Schuhgeschäften

Alleiniger Fabrikant: Klobocowski-Neuherberg

Erhältlich bei den Firmen:

A. Wertheim
N. Israel
F. V. Grünfeld
 Kaufhaus des Westens
 Warenhaus Wilh. Stein
 Leiser's Schuhwarenhaus
 Carl Stiller jun.
 Gustav Steidel.
 Schuhhaus Arenstein.

114/15

Metropol-Theater.
 Schwindelmeier & Comp.
 Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von F. Freund. Musik von H. Neff. II. a. Länge u. B. Bühnen. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz. Anfang 8 Uhr. Hausen gestaltet.

Apollo Theater
 Ab 8 Uhr
Ein sensationeller Erfolg!
Veilchen.
 1 Akt v. E. Kay u. E. Köhler.
Wunderpapagei Lora usw.

Herrnfeld Theater
 Heute Sonnabend, den 3. August, 8 Uhr abends:
Wieder-Eröffnung
 (nach dreimonatlicher Pause)
Allabendlicher Spielplan:
Wie man Männer bessert!
 Dazu: Die Original-Klabrias-Partie mit Anton u. Donat Herrnfeld.
 Billetvorverkauf 11-2 (Theaterkasse) sowie bei A. Wertheim u. im Invalidendank.

Reichshallen-Garten
 „Alt-Berlin“ täglich.
 Großes Konzert des 28 Mann starken **Honigmann-Orchest.**
 Anfangs 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Bei schlechtem Wetter. I. herrlich renov. d. 4000 Plätze. erleuchteten Saal.
 Reichshallen-Theater: 16. Aug. Wiederbeg. d. Soldaten d. Stettiner Zänger.

Königstadt-Kasino.
 Ed. Holzmarkt u. Alexanderstr.
 Täglich: Varietè u. Theater im herrlichen Naturgarten.
 Von 1 bis 8 Glanznummern.
 16. August: und „So leben wir“.
 Belangbarste in 3 Bildern.
 Tägl. Kaffeestunde bis 6 Uhr.

Admiralspalast
 am Bahnhof Friedrichstraße, z. Z. einziger Eispalast.
 Angenehm kühler Aufenthalt.
 Heute 2 große Vorstellungen 2. Nachmittags und abends:
 Das sensationelle Eisballett „Yvonne“, Willi Frick, der kleinste Eislaufkünstler.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges!
 Wein- und Bier-Abteilung.

Passage-Panoptikum Prinz ATOM
 Das kleinste menschliche Lebewesen. Das Wunder aller Wunder. Lebend! Ohne Extra-Entree!

Reederei Kahnt & Hertzner
 Billige Dampfer-Extrafahrten
 I. ab Waisenbrücke:
 Morgen Sonntag nach Teupitz (Tornows Idyll). Abf. 7 1/2 Uhr. Hin u. zurück 2 M.
 Jeden Montag und Donnerstag nach Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle. Abfahrt 2 Uhr. Hin u. zurück 50 Pfennig.
 Jeden Dienstag und Freitag nach Neu-Ahlbeck und Woltersdorfer Schleuse.
 Jeden Mittwoch nach Freibad Grünau, Krampenburg und Ziegenhals.
 Jeden Mittwoch nach Teupitz (Tornows Idyll). Abfahrt 7 1/2 Uhr vormittags. Hin und zurück 2 Mark.

II. ab Weidendammerbrücke:
 Am Donnerstag, den 8. August, nach über Plessenwinkel. Abfahrt 10 Uhr vormittags. Hin und zurück 80 Pf., nach Plessenwinkel 50 Pf.
 Am Montag, den 5., Dienstag, den 6. u. Freitag, den 9. August nach Zernsdorf über Neue Wühle mit Rundfahrt bis zum Ufersee auf der idyllisch schönen Lande. Abfahrt 9 1/2 Uhr vorm. Hin und zurück 80 Pf., Neue Wühle 50 Pf.

III. ab Neufölln-Wildenbruchbrücke:
 Jeden Montag und Donnerstag nach Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle. Abfahrt 10 Uhr vorm. Hin u. zurück 60 Pf.
 Jeden Dienstag und Freitag nach Neu-Ahlbeck und Woltersdorfer Schleuse. Abfahrt 10 Uhr vorm. Rinder die Hälfte.
 Jeden Mittwoch nach Freibad Grünau, Krampenburg und Ziegenhals. Abfahrt von Café Alsen an der Schillingen Brücke, 10.30 vorm. Hin und zurück 50 Pf.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
 Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen Meerstraße beim Alten Freund.

Abfahrtsstelle Schillingsbrücke
 (am Schillingen Bahnhof).
 Morgen Sonntag von mittags 2 Uhr ab ca. 1/2 hündlich nach Restaurant „Krythäuser“. Dabei ist großer Gartentisch und Ball. Einfache Fahrt montags 20, sonntags 30 Pf. Fahrgäste zahlen kein Entree.
 Heute Sonnabend große Dampfer-Promenadenfahrt. Abfahrt abends 9 Uhr.
 Morgen Sonntag früh v. 8 bis 9, mitt. 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Hin 50 Pf., zurück 50 Pf.

Union-Theater
 Alexanderplatz
 Unt. den Linden
 Morgen debütiert
Asta Nielsen
 die
Duse der Kino-Kunst
 in
„Zigeunerblut“
 Schauspiel in 3 Akten.

Die Tochter der Hexe
 Gr. rom. Ausstattungsgest. in Lang und Weing in 5 Bildern.
 Neue Beleuchtungsstoffe usw. usw. u. d. große Spezialitäten-Programm.
 Aufführung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Großes Militär-Doppel-Konzert.
 Heute: Große Festbeleuchtung.
 Eintritt 1 Mark, Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

UNA PARK
 Heute Sonnabend:
Elite-Tag
 (Front-Feuwerk)
 Entree 1 M., bis 6 Uhr 50 Pf.
 Außerdem:
 Kougo frei:
 Sonntag: 30 Pf.
 Volkstag

Hagenbeck's Indien
 Tempelhofer Feld
 Täglich geöffnet von 11 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends
 150 Indier.
 Maeri Sollochi's Löwen- u. Tigergruppe
 Ohne Extra-Entree!

Reichshallen-Garten
 „Alt-Berlin“ täglich.
 Großes Konzert des 28 Mann starken **Honigmann-Orchest.**
 Anfangs 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Bei schlechtem Wetter. I. herrlich renov. d. 4000 Plätze. erleuchteten Saal.
 Reichshallen-Theater: 16. Aug. Wiederbeg. d. Soldaten d. Stettiner Zänger.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 102.
Die Jüdin von Toledo.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Auf der Gartenbühne
 Jetzt! So ist erreicht! Gr. Acqua

Jagd auf die rote Farbe.

Rote Kranzschleifen haben es dem Polizeileutnant Bruchhans angetan.

In der Beußelstraße hat der Gärtner Gustav Gay ein offenes Blumengeschäft. Ins Schaufenster hängt er wie das üblich und selbst in Bremen durchaus zulässig ist, die bei ihm bestellten Kränze und Kranzschleifen bis zu ihrer Abholung aus. Die Aufschriften auf den Schleifen sind die gebräuchlichsten: „Unserem Kollegen die besten Grüße“, „Ruhe sanft“ usw. Unter den Schleifen befindet sich selbstverständlich ein großer Teil roter Schleifen. Seit einiger Zeit wird der Reviervorstand, der eingangs genannte Polizeileutnant, diese nicht mehr im Schaufenster dulden. Als Anfang Juni d. J. wieder einmal eine rote Schleife mit Goldfäden und der Aufschrift: „Unserem Kollegen Emil Rothe den besten Gruß. Gewidmet von den Kolleginnen und Kollegen der Firma S. Aron, Charlottenburg“ im Fenster aushing, ließ er Gay wiederum, indem er sich dabei auf das Preussische Prehgesetz berief, auffordern, die Schleife zu entfernen. Als der Gärtner das ablehnte, wurde die Schleife mit Gewalt entfernt. Einige Tage später erhielt der Gärtner dann eine Strafverfügung über 5.— Mk., weil er eine rote Kranzschleife öffentlich ausgestellt und der wiederholten Aufforderung, sie zu entfernen, nicht Folge geleistet habe. Auf die über die gewalttätige Entfernung beim Polizei-Präsidium erhobene Beschwerde erging die Antwort, daß die Entscheidung über diese bis zur Erledigung des Strafverfahrens ausgesetzt sei. Auf den Einspruch gegen die Strafverfügung fand am 24. Juli Termin vor dem Schöffengericht Wedding statt: Der als Zeuge vernommene Polizeileutnant suchte sein Vorgehen durch den Hinweis auf die „rote Farbe der Schleife und die dadurch mit Rücksicht auf die Bevölkerung der Gegend bestehende Gefährdung“ zu rechtfertigen. Der Amtsanwalt beantragte denn auch Verurteilung auf Grund des Preussischen Prehgesetzes, das die öffentliche Ausstellung von Anschlagzetteln und Plakaten verbietet, eventuell wegen groben Unfugs. Das Gericht erkannte natürlich auf Freisprechung, allieweil rote Kranzschleifen keine „Anschlagzettel oder Plakate“ sind und rote Farbe nur auf Büffel belästigend wirken kann, das Publikum in seiner Allgemeinheit aber nicht aus Büffeln oder diesen Geistesverwandten besteht.

Der Polizeileutnant eröffnete trotzdem bereits am 27. Juli er, wieder seinen Kampf gegen die roten Kranzschleifen. Dieses Mal war es die mit der Widmung versehene Schleife: „Unserem treuen Mitglied E. Müller den besten Gedächtnis. gewidmet vom Sparverein Soffnung“, die den Polizeileutnant in Tätigkeit gefetzt hatte. Nachdem der Gärtner zunächst wiederum die Aufforderung zur Wegnahme abgelehnt hatte, belagerten am Sonntag zwei Beamte mehrere Stunden lang das geschlossene Geschäft und entfernten am 30. Juli die Schleife mit Gewalt.

Der Polizeikampf gegen die Kranzschleifen ist für den Polizeistaat Preußen und die Residenzstadt Berlin im besonderen kennzeichnend. Wie viele polizeiliche Lotischläger, klüchtige Kassierer, gemeingefährliche Verbrecher erfreuen sich der Freiheit, weil die Polizei ihrer nicht mächtig werden kann! Aber zur Verhaftung roter Kranzschleifen reicht die Polizeigewalt aus. Freilich ist die Jagd auf rote Kranzschleifen gelehwidria. Anschlagzettel oder ein Plakat soll eine rote Kranzschleife sein? Weshalb wäre, wenn man dieser völlig verkehrten Auffassung huldigt, dann eine weiße Schleife oder eine ausgestellte Visitenkarte kein Anschlagzettel oder Plakat? Der geschädigte Gärtner ist selbstverständlich berechtigt, gegen den Polizeileutnant und den preussischen Fiskus auf Schadensersatz zu klagen. Aber recht haben und recht bekommen ist nicht immer einerlei und bis zu der endgültigen Verurteilung durch das Reichsgericht können Jahre vergehen, selbst wenn das Oberverwaltungsgericht der Justiz nicht hemmend in den Arm fällt.

Weshalb hat's dem Reviervorstand die rote Farbe so angetan? Das Polizei-Präsidium hat auf die Beschwerde noch nicht geantwortet. Stimmt es etwa auf eine Polizeiverordnung zur Verhängung von rotem Farbenkoller? Wir bringen ihm eine ältere Verordnung in Erinnerung, die gründlich allen Uebels Wurzel, dem Rot, zu Leibe ging. Sie lautet:

Polizei-Verordnung.

Da das Licht der Aufklärung die Fledermäuse und Eulen der Reaktion schmerzhaft berührt, so wird hiermit verordnet:

- 1. Alle öffentlichen Gebäude sind grünlich zu beschmücken.
2. Rote Rosen sind an öffentlichen Orten ebenso geheim zu tragen, wie die Krone, die mir mein Herr Chef noch schuldet.
3. Der Regenbogen hat fortan in 6 Farben, unter Fortlassung des Rot, zu erscheinen.
4. Aurora wird verboten, ums Morgenrot aus dunklen Träumen emporzufahren oder zu gehen: sie hat liegen zu bleiben.
5. Abendrot und Morgenrot haben sich in unserem Polizei-Präsidium, das die Ueberschrift trägt:

„Nach Freiheit strebt der Mann, das Weib nach Sitte“,

innerhalb 24 Stunden einzufinden und sich dort in den Dienst der Blauen zu begeben.

- 6. Das rote Blut (männlich und weiblich) ist morgen mittag um 12 Uhr auf dem Polizei-Präsidium abzugeben und gegen Fischblut umzutauschen.
7. Rote Lippen sind an öffentlichen Orten sorgfältig möglichst porrig zu bedecken.
8. Rote Rosen haben grün zu bleiben.
9. Jedes Aufsteigen von Schamrot, insbesondere beim Lesen behördlicher Anordnungen, wird hiermit verboten.
Rote Haare dürfen vorab noch getragen werden, da wir genug alte Köpfe haben.

Wer hiergegen handelt, oder in anderer Weise die rote Farbe verbreiten sollte, wird konfisziert werden und so lange sitzen, bis er schwarz oder eine Beförderung schamrot werden wird.

Partei-Angelegenheiten.

Mariendorf. Sonntag, den 4. August. Besuch der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Treffpunkt 1/2 Uhr nachmittag Untergrundbahnshof Antje. Schnellste Verbindung vom Hochbahnhof Hallesches Tor.

Friedrichshagen. Dienstag, den 6. August, 8 1/2 Uhr abends: Mitgliederversammlung bei Schulz, Lindenpark, Wilhelmstr. 11. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag. Referent: Genosse Schacht. 2. Die Aenderung des Organisationsstatuts. 3. Vereinsangelegenheiten.

Friedrichshagen. Am Sonntag, den 4. August, findet unser Familienausflug nach Rabenstein statt. Kaffeelocher und Verlostigungen für jung und alt. Abends Kinderfahrlug. Treffpunkt: 2 Uhr vor dem Eingang zum Kurpark.

Bezirk Waldmannslust. Die Abfahrt zum Sommerfest im „Paradiesgarten“ in Wirlenwerder erfolgt von Waldmannslust 1.16, von Hermsdorf 1.50 Uhr. Vom Bahnhof Stolpe erfolgt der Abmarsch Punkt 2 1/2 Uhr.

Bernau. Sonntag, den 4. August, nachmittags 8 Uhr, findet in Schönott im Saale des Herrn Schulze eine öffentliche Versammlung statt, an der sich die Genossen von Bernau, Jepsen und Röntgenal zahlreich beteiligen wollen. Referent ist Genosse Paul Brühl-Lichtenberg. Abmarsch für Bernau: 1/3 Uhr vom Genossen-Salgmann.

Berliner Nachrichten.

Neue Stadtbahnwagen sollen demnächst in Betrieb gestellt werden. Vor allem werden die neuen Wagen an Stelle der schmalen Wagentreitte, die das Aussteigen erschweren, verbreiterte Trittbretter sowie links aufschlagende Türen und selbsttätig wirkende Türschlösser erhalten. Die Wagen werden zunächst nur auf der Stadt- und Ringbahn verkehren, weil deren Strecken hohe Bahnhöhe haben, die das Bestehen und Verlassen der mit breiten Trittbrettern versehenen Wagen leicht und mit kurzem Zeitaufwand gestalten. Die Vorortstrecken sollen nach und nach mit erhöhten Bahnhöfen ausgerüstet werden, so daß später auch dort die entsprechend eingerichteten Wagen in Betrieb genommen werden können. Die links aufschlagenden Türen haben den Vorteil, daß beim Anfahren des Zuges etwa noch offenstehende Türen in der Regel sich selbst schließen und darauf durch die selbsttätig wirkenden Schlösser verriegelt werden. Diese Einrichtungen sind auch im Hinblick auf die in Aussicht genommene Elektrifizierung der Stadt- und Vorortbahnen getroffen und für die Sicherheit der Reisenden erforderlich, weil später die Züge erheblich schneller anfahren werden und das Schließen der Türen durch die Türschlösser dann nicht immer möglich sein wird, wenn nach Fertigstellung des Zuges zur Abfahrt im letzten Augenblick noch Reisende einsteigen und das Schließen der Türen unterlassen sollten. Alle diese Einrichtungen gestatten eine schnellere Abfertigung der Züge, dienen zur Abfertigung der Ausenheitszeiten und damit auch der Reisebauer und tragen zur Erhöhung der Sicherheit der Reisenden wesentlich bei.

Beim Umbau des Bahnhof Friedrichstraße der Stadtbahn soll auf die von der Stadt geplante Untergrundbahn Kreuzberg-See-straße gebührend Rücksicht genommen werden. Diese soll hier bekanntlich eine Haltestelle erhalten, welche einen bequemen Uebergang auf die Stadt- und Ringbahn ermöglicht. Da die geringe Breite der Friedrichstraße die Anlage von Zugängen auf dem Bahndamm verbietet, muß die Treppenanlage in den Stadtbahnbogen Nr. 205, dem gegenwärtig der „Frankskaner“ für 8500 M. Jahresmiete innehat, verlegt werden. Dieser Ekbogen ist 24 Quadratmeter groß, für die Untergrundbahn wird davon etwa die Hälfte beansprucht. Der Eisenbahnfiskus hat sich nun auch bereit erklärt, beim Umbau des Bahnhofes zwischen dem vorhandenen und dem neu zu errichtenden Widerlager eine drei Meter breite Tür einbauen zu lassen, die den Stadtbahnbogen unmittelbar von der Friedrichstraße aus zugänglich macht; außerdem soll die Herstellung einer unmittelbaren Verbindung zwischen der Untergrundbahn und der Stadtbahn ins Auge gefaßt werden. Mit Rücksicht auf die dadurch bedingte Entziehung der bisherigen Nutzung verlangt der Fiskus von der Stadt eine Jahresmiete von 5000 M., welche ihm der Magistrat auch zugestanden hat. Da die Nord-Südbahn an der fraglichen Stelle — wegen ihrer späteren Unterführung unter die Spree — ziemlich tief liegt, wird die Anlage der Zugangstreppe zu dem Mittelbahnsteig keine Schwierigkeiten bieten.

Mit der Tochter seiner Verlobten flüchtig geworden ist der 38 Jahre alte Schlosser Hermann Thiemann. Dieser lernte vor nahezu sechs Jahren die jetzt 43 Jahre alte Kaufmannsrau Aiche aus der Liederstr. 12/13 kennen. Die Frau, die Mutter von drei Töchtern im Alter von 17—24 Jahren ist, richtete ihrem Geliebten in demselben Hause ein Zigarrengeschäft ein und verlobte sich vor einiger Zeit mit ihm. Für den nächsten Monat war die Heirat der beiden festgesetzt. Vor einigen Tagen verließ der Bräutigam plötzlich aus der Wohnung seiner Braut und mit ihm deren jüngste Tochter. Beide hielten sich zunächst in Berlin verborgen. Um sich Mittel zur Flucht zu verschaffen, fälschte Thiemann eine Quittung und hob von dem Bankguthaben seiner Verlobten die Summe von 2000 M. ab. Mit dem Gelde flüchtete er sich und seine neue Geliebte vollständig neu ein und begab sich mit ihr auf Reisen. Wohin er sich gewandt hat, konnte noch nicht festgestellt werden. Wegen der Unterziehung wird er jetzt von der Kriminalpolizei gesucht.

Zwischen Trittbrett und Rampe eingeklemmt wurde vorgestern abend auf dem Stadtbahnhof Schönhauser Allee der 23 Jahre alte Handlungsgehilfe Adolf Kogel. Als dieser um 9 Uhr den Bahnsteig betrat, setzte sich gerade ein Ringzug in Bewegung. Der junge Mann versuchte, noch in den stehenden Zug einzusteigen. Dabei glitt er aus und geriet zwischen Trittbrett und Perron. Der Stationsbeamte, der den Unfall gleich bemerkte, ließ den Zug halten und den jungen Mann aus seiner unglücklichen Lage befreien. Man brachte den Verletzten zur Hilfskade in der Gaudystraße, wo der Arzt außer inneren Verletzungen einen Beckenbruch feststellte. Er wurde nach Anlegung eines Rotverbandes nach der Charité geschafft.

Ein „ehrlischer Fieber“. Wie wir vor einiger Zeit mitteilten, hatte ein in Friedenau ansässiger Künstler im Eisenbahn-Abteil eine Stradivari-Geige vergessen, in deren Lederbehälter er auch noch 1900 M. gelegt hatte. Jetzt wird berichtet, daß ihm die überaus wertvolle Geige wieder zugestellt worden ist. Der „ehrlische Fieber“, der sie wohl nicht verworren konnte, hatte sich mit dem Bargeld begnügt.

Im Tiergarten erschossen hat sich in der gestrigen Nacht ein junger Mann, der Papiere auf den Namen eines 1801 zu Stenendorf geborenen Hausdieners Friedrich Müller bei sich führte. Seine Leiche wurde gestern früh gegen 4 Uhr in der Großen Querallee aufgefunden und nach dem Schauhause gebracht.

Großfeuer kam gestern nacht aus bisher unaufgeklärter Ursache in der Holzbearbeitungsfabrik von Gebr. Raabe, Uferstr. 31a, zum Ausbruch. Beim Eintreffen der ersten Löschzüge fanden dort Holzger und Maschinen usw. sowie das Kessel- und Waschinhaus in großer Ausdehnung bereits in Flammen. Unter Leitung des Brandinspektors Rende löschten die Jüge 13, 19, 21 und 23 innerhalb drei Stunden den Brand. Die Aufräumungsarbeiten sind gestern mittag beendet worden. Der Schaden ist erheblich, soll aber durch Versicherung gedeckt sein. Der Betrieb ist auf längere Zeit gestört.

Ein Opfer des Edelweiss ist am Sonntag der in Lana bei Meran seit kurzem in Arbeit stehende Tischlergehilfe Max Eugen Weber aus Charlottenburg, Sohn eines Berliner Tischlermeisters geworden. Er hatte sich von seinen Kollegen entfernt und wurde beim Abstieg vermisst. Am anderen Tage fand ihn eine Rettungsperdition als Leiche. Er war in einer Höhe von etwa 300 Meter abgestürzt.

Automobilunfall eines Berliners bei Juchow. In der vergangenen Nacht hat sich bei Juchow ein schweres Automobilunglück ereignet, bei dem der Sohn des Berliner Kaffeehausbesizers Wender aus der Alexanderstraße lebensgefährlich verletzt wurde. Wender befand sich mit seiner Frau zu Besuch bei seinem Bruder auf dessen Gut Koslebed. Vorgestern abend unternahm Wender mit einem Gutsbesitzer, einem Dampfzigeleisitzer und dem

Kunstschüler Otto Buchholz aus Hamburg eine Ausfahrt im Automobil. Infolge der Dunkelheit überfuhr Wender, daß bei einem Bahübergang die Schranken geschlossen waren. Das Automobil fuhr mit voller Fahrt gegen die Schranke und wurde zertrümmert. Sämtliche vier Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert. Hierbei erlitt Wender lebensgefährliche Verletzungen und wurde, nachdem er unterwegs die erste Hilfe erhalten hatte, in das Krankenhaus nach Juchow gebracht. Die übrigen Insassen kamen mit leichten Verletzungen davon.

Im Kampfe mit einem Schimpanse. Ein aufregender Vorgang hat sich vorgestern in Sachsenhausen bei Oranienburg abgespielt. Der Tierdressier Clermont hat während der toten Saison seinen Bohnstift in Sachsenhausen. Er benutzte die engagementsfrei Zeit dazu, um neue Tierdressuren vorzunehmen; unter seinen neuen Erziehungsschaffien befand sich diesmal auch ein harter ausgewachsener Schimpanse. Vorgestern mußte das Tier die eingetübten Kunststücke vormachen. Von Anfang an zeigte es sich diesmal aber recht störrisch und als es von seinem Herrn zurechtgewiesen wurde, stürzte es sich plötzlich über Clermont und biß während auf ihn ein. Der Angegriffene setzte sich zur Wehr und als er noch dem Affen schlagen wollte, biß sich dieser so fest in die Hand ein, daß es weder Clermont noch anderen Personen, die zu seiner Befreiung herbeigezogen waren, gelang, sie freizubekommen. Schließlich nahm man einen Hammer und schlug damit dem Schimpansen den Schädel ein. Die Hand war dem Clermont vollständig zerfetzt worden.

Unheilbare Krankheit hat den 52 Jahre alten Agenten Adolf Kraus aus der Lanthwigstraße 14 in den Tod getrieben. Kraus sprang gestern abend an der Großen Beerenbrücke ins Wasser. Gestern früh landete man in der Nähe seine Leiche.

Im Fahrstuhl schwer verunglückt. In der Kartonsfabrik von Chaim, Rainzer Straße in Lichtenberg, hat sich gestern morgen ein schweres Fahrstuhlunglück zugetragen. Beim Reparieren des Fahrstuhls schlug, während der Aufsicht Bruno Pleur auf der Plattform stand, ein Arbeiter mit dem Hammer auf das Gerüst so stark zu, daß sich der Fahrstuhl sofort in Bewegung setzte und in die Tiefe saufte. Pleur erlitt dabei lebensgefährliche Kopfverletzungen und Bruch beider Beine. Nach der ersten Hilfe auf der Unfallstation in der Warfhauser Straße wurde der Verunglückte in hoffnungslosem Zustande nach der Klinik am Mariannenufer gebracht.

Einen dreifachen Ueberfall verübte gestern nachmittag gegen 5 Uhr ein gutgekleideter etwa 25 Jahre alter Mann auf die Portierfrau des Hauses Werst, Ede Flemmingstraße. Die Frau hatte Niemanden zuhause und ging mit der gefüllten Geldtasche über den Hof, wo sie von hinten überfallen wurde. Der Gauner entlich ihr die Geldtasche mit etwa 1000 Mark Inhalt und verschwand, ehe Hilfe herbeigerufen werden konnte.

Der langersehnte Regen hat sich nach den Sonnenstrahlen des heißen, trockenen Juli endlich in zureichender Menge eingestellt. Die Älleen und Schmutzplätze der Reichshauptstadt, auf denen schon vergilbte Blätter sich breit machten, bekommen wieder ein frisches Aussehen und alle Welt atmet auf.

Um den Schülern, die während der Ferien in Berlin weilen, kostenloser Gelegenheit zum Anhören eines Vortrages auf der Treppentor Sternwarte und zur Beobachtung mit dem großen Fernrohr zu bieten, kann zu den Vorträgen von Direktor Dr. F. S. Archenhold am Sonntag, den 4. August, abends 7 Uhr: „Das Geheimnis des Weltenbaues“, und Montag, den 5. August, abends 7 Uhr: „Voten aus den fernsten Himmelsräumen“ jeder Erwachsene einen Schüler frei einführen. Beide Vorträge sind gemeinverständlich und mit zahlreichen Licht- und Drehbildern ausgestattet. Schüler, welche sich nicht in Begleitung von Erwachsenen befinden, erhalten Eintrittskarten zu Vorzugspreisen. Mit dem großen Fernrohr wird der Jupiter, der bald in den Strahlen der Sonne verschwindet und in später Abendstunde auch der Mond gezeigt. Mit den kleineren Fernrohren werden interessante Doppelsterne und Nebelwelten beobachtet.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der sozialdemokratische Wahlverein nahm in der Generalversammlung am Dienstag Stellung zu den geplanten Aenderungen des Organisationsstatuts. Genosse Schulz hatte das Referat übernommen. Die geplante Erhöhung der Beiträge wurde im allgemeinen gutgeheißen, da die erhöhten Beiträge durch das Anwachsen der Untosten erforderlich sind. Geteilt sind dagegen die Ansichten über den Vorschlag der Kommission, einen Parteiauschuß einzusetzen. Genosse Schulz ist nicht der Ansicht, daß die Einsetzung des Parteiausshusses die Aktionsfähigkeit des Parteivorstandes erhöhen würde. Eine Verstärkung des Vorstandes um 12 Mitglieder sei eher am Platze. Was die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag anbelangt, so sei es zweckmäßig, wenn die gesamte Reichstagsfraktion — allerdings nur mit beschränkter Stimmenberechtigung — auf dem Parteitag vertreten wäre.

Im Anschluß an das Referat entwickelte sich eine äußerst lebhafte Diskussion. Genosse Richter hält im Gegensatz zum Referenten die Einsetzung eines Parteiausshusses für zweckmäßig. Dadurch könne vor allen Dingen den einzelnen Landesstellen am besten Rechnung getragen werden; der Spalt zwischen Nord und Süd würde überbrückt.

An der weiteren Diskussion, in der man sich für und gegen die Einsetzung des Parteiausshusses erklärte, beteiligten sich u. a. die Genossen Rubin, Eberlein, Kempelburg, Zippel, Röh. Schließlich gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Der Wahlverein Charlottenburg stellt den Antrag, den Parteivorstand um 12 Mitglieder zu verstärken, die auf dem Parteitag zu wählen sind“. Die vorgeschlagenen Aenderungen am Verbandsstatut von Groß-Berlin wurden gutgeheißen.

An den Folgen einer schweren Gehirnerschütterung verstorben ist der 43jährige Kanalarbeiter Friedrich Vogt, Dorfweg 22 in Charlottenburg wohnhaft. Er wurde am 26. Juli auf dem Sophie-Charlotten-Platz von einem schnellfahrenden Radler, einem Schüler, umgestoßen und schlug so festig mit dem Kopf auf die Bordsteilkante, daß er eine schwere Gehirnerschütterung davontrug. Im Krankenhaus Westend, wohin der Schwerverletzte gebracht wurde, ist er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, an den Folgen des Unfalles verstorben.

Versicherungsdämter. Am 1. Juli ist das dem Magistrat angegliederte Versicherungsdämter der Stadt Charlottenburg in Kraft getreten, dessen Bezirk sich mit dem der Stadtgemeinde deckt. Vorsitzender ist kraft gesetzlicher Vorchrift der Oberbürgermeister. Zu seinen ständigen Stellvertretern hat der Magistrat Stadtrat Völl, Magistratsrat Dr. Landsberger und Magistratsassessor Wimmel bestellt. Der Geschäftsraum des Versicherungsdämter, das nicht nur die Geschäfte der Reichsversicherung wahrzunehmen, sondern auch in Angelegenheiten der Reichsversicherung Auskunft zu erteilen hat, befindet sich im Rathaus Zimmer 34.

Steglich.

Der sozialdemokratische Wahlverein nahm in seiner Mitglieder-versammlung vom 30. Juli zum Parteitag in Chemnitz Stellung. Das einleitende Referat hielt Genosse Dr. Hermann Dunder. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Entwurf zum Organisationsstatut und der Frage des Imperialisimus. Die Einführung eines einheitlichen Windexbetrages sei zu begrüßen. Zu wünschen wäre die Erhebung eines einheitlichen Beitrages. Die Rechte der Kontrollkommission sollen nicht

